

**missio**

Internationales Katholisches Missionswerk e.V.  
Fachstelle Menschenrechte

Pontifical Mission Society  
Human Rights Office

Oeuvre Pontificale Missionnaire  
Secteur « Droits de l'Homme »

Dr. Otmar Oehring (Hrsg./editor/éditeur)

Postfach 10 12 48  
D-52012 Aachen  
Tel.: 0049-241-7507-00  
FAX: 0049-241-7507-61-253  
E-mail: menschenrechte@missio.de  
humanrights@missio.de  
droitsdelhomme@missio.de

© missio 2009  
ISSN 1618-6222

missio-Bestell-Nr. 600 303

**missio**

36

**Human Rights**  
**Droits de l'Homme**  
**Menschenrechte**

Hans Maier

**Menschenrechte  
und Menschenwürde  
in Madagaskar**  
Ein Land sucht seinen Weg

Das Anliegen der „Fachstelle Menschenrechte“ ist es, die Kenntnis über die Menschenrechtssituation in den Ländern Afrikas, Asiens und Ozeaniens zu fördern. Um diesem Ziel näher zu kommen, engagieren wir uns in der menschenrechtlichen Netzwerkarbeit und fördern den Austausch der kirchlichen Partner missios in Afrika, Asien und Ozeanien mit kirchlichen und politischen Entscheidungsträgern in der Bundesrepublik Deutschland. In der Reihe „Menschenrechte“ werden Länderstudien, thematische Studien sowie die Ergebnisse von Fachtagungen publiziert.

Der in dieser Broschüre vermittelte Blick auf die Menschenrechtssituation in Madagaskar beschränkt sich nicht auf die Ergebnisse offizieller Berichte der internationalen Organisationen. Denn es gibt die weniger spektakulären, weil alltäglichen Formen systematischer Verletzungen, die die Menschenwürde ebenso antasten und ihre Entfaltung verhindern. Daher werden auch wichtige gesellschaftliche Missstände untersucht, die ein Leben in Würde nachhaltig beeinträchtigen und so eine permanente Verletzung grundlegender Menschenrechte darstellen. Dabei wird weder dem in Europa gängigen „Afro-Pessimismus“ das Wort geredet, noch soll angeklagt werden. Diese Studie will vielmehr dazu beitragen, bestehende Unrechtssituationen besser in den Blick zu bekommen. Daraus sollen Einsichten und Kraft erwachsen zu einem beherzten Einsatz für die Achtung und Umsetzung der Menschenrechte, um so der Vision der „*glücklichen Insel*“ wieder näher zu kommen. Diese Studie will gleichzeitig auch zu einem Reflexions- und Orientierungsprozess der katholischen Kirche in Madagaskar beitragen.

**Hans Maier** (\* 1937) war 27 Jahre beim Bischöflichen Hilfswerk Misereor tätig, zunächst als Länderreferent, dann als Leiter der Afrika-Abteilung. Seit 2003 ist er im Ruhestand. Als Länderreferent arbeitete er über 20 Jahre mit Projekt-Partnern in Madagaskar zusammen. Diplome in Ethnologie, Philosophie, Theologie und Soziologie. Derzeit Leiter und Moderator von Kursen und Seminaren zur Katholischen Sozialethik in Europa und Afrika.

- 30 Diffamierung von Religionen und die Menschenrechte**  
deutsch/englisch/französisch (2002) – Bestellnummer 600 293
- 31 Hintergrundinformationen: Aufnahme von Irakflüchtlingen  
Zur Situation nichtmuslimischer Flüchtlinge in den Nachbarländern  
des Irak**  
deutsch (2008) – Bestellnummer 600 294  
englisch (2008) – Bestellnummer 600 295  
französisch (2008) – Bestellnummer 600 296
- 32 Gewalt gegen Christen in Indien – eine Erwiderung  
Demokratie, Säkularismus und Pluralismus in Indien**  
deutsch/englisch/französisch (2002) – Bestellnummer 600 297
- 33 Gewalt gegen Christen in Indien – eine Erwiderung  
Religiöse Gewalt in Orissa: Fragen, Versöhnung, Frieden und Gerechtigkeit**  
deutsch/englisch/französisch (2002) – Bestellnummer 600 298
- 34 Boko Haram – Nachdenken über Ursachen und Wirkungen**  
deutsch/englisch/französisch (2002) – Bestellnummer 600 299
- 35 Jakarta und Papua im Dialog – Aus papuanischer Sicht**  
deutsch (2009) – Bestellnummer 600 300  
englisch (2008) – Bestellnummer 600 301  
französisch (2008) – Bestellnummer 600 302
- 36 Menschenrechte und Menschenwürde in Madagaskar –  
Ein Land sucht seinen Weg**  
deutsch (2009) – Bestellnummer 600 303  
englisch (2009) – Bestellnummer 600 304  
französisch (2009) – Bestellnummer 600 305

## Inhalt

2	Abkürzungen
3	Allgemeine Angaben zu Madagaskar
4	<b>Einführung</b>
7	<b>1. Politische Hintergründe oder „Wie Armut entsteht“</b>
7	1.1 Von der Unabhängigkeit zur Vierten Republik
12	1.2 Die Rolle der Kirche - Leuchtturm oder Spielball?
15	<b>2. Menschenrechte und Menschenwürde im heutigen Madagaskar</b>
15	2.1 International erfasste Menschenrechtsverletzungen
16	2.1.1 Die Unverletzlichkeit der menschlichen Person
17	2.1.2 Bürgerliche Freiheiten
18	2.1.3 Politische Rechte
19	2.1.4 Die Situation der Frauen
20	2.1.5 Die Situation der Kinder
21	2.1.6 Die Situation der Behinderten
21	2.1.7 Arbeitsrecht
23	2.2 Menschliche Grundbedürfnisse und Menschenrechte
23	2.2.1 Lebenshaltung und Grundsicherung
25	2.2.2 Ernährungslage, Unter- und Fehlernährung
26	2.2.3 Zugang zu Grundbildung
28	2.2.4 Zugang zu Gesundheitsversorgung
30	2.2.5 Zugang zu Arbeit und sozialer Sicherheit
33	<b>3. Gründe und Hintergründe der Menschenrechtssituation in Madagaskar</b>
33	3.1 Von Menschen gemachte Armut in einem reichen Land
33	3.2 Die politische Entwicklung – eine Spirale nach unten
34	3.2.1 Grund 1: Die politische Klasse
35	3.2.2 Grund 2: Das fehlende politische Bewusstsein
36	3.2.3 Grund 3: Die Kulturfalle
39	<b>4. Madagaskar wohin? – Zukunftsperspektiven</b>
40	4.1 Eine Kultur der Beteiligung entwickeln
42	4.2 Bildung als Voraussetzung für politisches Bewusstsein
44	4.3 Versöhnung zwischen den Ethnien und mit der Geschichte
46	<b>5. Hoffnungszeichen und Hoffnungsträger</b>
50	Fußnoten

## Abkürzungen

<b>AREMA</b>	Avant-garde de la Révolution Malagasy – Avantgarde der madagassischen Revolution, Version 1975
<b>AREMA</b>	Association pour la Renaissance de Madagascar – Vereinigung für die Wiedergeburt Madagaskars, Version 1996
<b>FFKM</b>	Fiombanon'ny Fiangonana Kristianina eto Madagasikara (FFKM) – Rat der Christlichen Kirchen in Madagaskar
<b>CNOE</b>	Comité National pour l'observation des Elections – Nationalkomitee zur Beobachtung der Wahlen
<b>HAE</b>	Haute Autorité de l'Etat – Hohe Staatsautorität
<b>HAT</b>	Haute Autorité de la Transition – Hohe Übergangsautorität
<b>HCC</b>	Haute Cour Constitutionnelle – Verfassungsgericht
<b>TIM</b>	Tiako I Madagasikara – Ich liebe Madagaskar
<b>BIANCO</b>	Bureau International de lutte anti-corruption – Internationales Anti- Korruptions-Büro
<b>INSTAT</b>	Institut National de la Statistique – Nationales Amt für Statistik
<b>CNAPS</b>	Caisse Nationale de Prévoyance Sociale – Nationale Vorsorge-Kasse

## Allgemeine Angaben zu Madagaskar

<b>Lage</b>	400 km vor Mosambik im Indischen Ozean gelegen, viertgrößte Insel der Welt.
<b>Staatsname</b>	Republik Madagaskar
<b>Staatsform</b>	Präsidentialrepublik, neue Verfassung in Arbeit
<b>Fläche</b>	587 000 km <sup>2</sup>
<b>Einwohner</b>	20,6 Millionen (2009), davon 26,8 % städtische Bevölkerung. Es gibt 18 ethnische Gruppen. Die größten davon: Merina und Betsileo (Hochland), Betsimisaraka (Ostküste) und Sakalava (nördliche Westküste)
<b>Bevölkerungsdichte</b>	34 Einwohner/km <sup>2</sup>
<b>Bevölkerungswachstum</b>	2,9 %. Die Hälfte der Bevölkerung ist jünger als 20 Jahre.
<b>Sprachen</b>	Madagassisch, Französisch
<b>Religionen</b>	Knapp 50 % Christen, davon gut die Hälfte Katholiken, rund 7 % Muslime. Unterschiedlich nach Ethnien lebt die restliche Bevölkerung nach traditionellen Glaubensvorstellungen.
<b>größte Städte (2007)</b>	Hauptstadt Antananarivo, 1,6 Mio. Einw. Hafenstadt Tamatave, 206.390 Einw. Antsirabe, 182.804 Einw. Fianarantsoa, 167.240 Einw.
<b>Lebenserwartung</b>	58,4 Jahre
<b>Alphabetisierungsrate</b>	70,7% (offiziell)
<b>Kindersterblichkeit</b>	74/1000
<b>Wirtschaftsfaktoren</b>	<i>Landwirtschaft:</i> Reis, Maniok, Mais für den Eigenbedarf, Vanille, Kaffee, Gewürznelken für den Export <i>Küstenfischerei:</i> Krabben und Thunfisch für Eigenkonsum und Export <i>Bodenschätze:</i> u.a. Graphit, Chrom, Glimmer, Edel- und Halbedelsteine, neu erschlossen: Erdöl <i>Industrie:</i> Betriebe der „Zone Franche“, vor allem in der Textilfertigung und Informatik, mit rund 110.000 Arbeitsplätzen
<b>Entwicklungsstand</b>	Mit einem BIP von \$920 pro Einwohner gehört Madagaskar zu den ärmsten Ländern der Welt und besetzt 2009 Rang 145 von 182 Ländern auf der HDI-Skala.

## Einführung

„Am Samstag, den 7. Februar 2009, hat die Präsidentengarde des Ambohitsorohitra-Präsidentenpalastes in der Hauptstadt Antananarivo, mit scharfer Munition das Feuer auf unbewaffnete regierungskritische Demonstranten eröffnet. Mindestens 31 Demonstranten, darunter der Journalist Ando Ratovoniriona, möglicherweise bis zu 50 Menschen, wurden getötet, mehr als 200 verletzt.“<sup>1</sup> Dies war ein dramatischer Höhepunkt in dem seit Dezember 2008 andauernden politischen Machtkampf zwischen dem amtierenden Präsidenten Marc Ravalomanana und dem von einer massiven Protestbewegung unterstützten damaligen Bürgermeister der Hauptstadt, Andry Rajoelina. Mit Unterstützung der Militärs führte der Konflikt im März 2009 zur Abdankung des amtierenden Präsidenten und zur Machtübernahme einer Übergangsregierung unter der Präsidentschaft von Andry Rajoelina. Es folgte ein monatelanger Machtpoker mit den verschiedenen politischen Kräften des Landes um eine auch international anerkannte Zusammensetzung und einen Handlungsfahrplan der Übergangsautorität. Durch die Vermittlung von UN und Afrikanischer Union (AU), wurde am 6. November in Addis Abeba ein von allen Seiten anerkannter Kompromiss gefunden, der den Weg zu Wahlen und zur politischen Normalität freimacht.

Die Übergangsregierung sucht nach wie vor die Zusammenarbeit mit den verschiedenen politischen Kräften des Landes und internationale politische Anerkennung. Nach dem vorläufigen Scheitern der Vermittlungs-Bemühungen von UNO und Afrikanischer Union (AU) in Maputo, dauert die politische Krise derzeit (Oktober 2009) noch an.

Die Untersuchung des Massakers und entsprechende Äußerungen von Amnesty International kommentiert ein Kommandant der madagassischen Armee so: „Wir brauchen keine Belehrungen von Amnesty International. Kein Mensch respektiert die Menschenrechte mehr als die Madagassen“.<sup>2</sup>

In einem Land, in dem laut offiziellen Statistiken knapp 70 % der Bevölkerung unter der Armutsgrenze von einem US-Dollar pro Tag leben, fällt es schwer, die Aussage des Kommandanten nachzuvollziehen. Die bettelnden Frauen und Kinder im Straßenbild und auf den Müllhalden der Hauptstadt Antananarivo und in den Provinzstädten, aber auch die schlecht gekleideten Strassenhändlerinnen, die mit Früchten oder Sonnenbrillen oder irgendetwas Verkaufbarem einige Ariarys zum Überleben verdienen wollen, geben der Armutstatistik Gesichter. Und diese Gesichter zeigen wenig von der Würde, die mit der Verwirklichung und Sicherstellung der gleichen Rechte für alle zu tun hat. Das Phänomen der vier

Mi („miloka“ – Gewaltbereitschaft, „mifoka“ - Drogen, „misotro“ – Trinken, und „mijanga“ – Prostitution), einem Schlagwort für Straßenkinder und Obdachlose der Hauptstadt, das in der schlimmsten Zeit des Ratsiraka-Regimes Mitte der 80er Jahre Schlagzeilen machte, hat landesweit wieder zugenommen.

Der in dieser Broschüre vermittelte intensivere Blick auf die Menschenrechtssituation in Madagaskar will sich nicht auf die in den Berichten der internationalen Menschenrechtsorganisationen aufgezeigten Menschenrechtsverletzungen beschränken. Denn es gibt die weniger spektakulären, weil alltäglichen Formen systematischer Menschenrechtsverletzungen, die die Menschenwürde ebenso antasten und ihre Entfaltung verhindern, wie die öffentlichkeitswirksameren Facetten der Missachtung. Daher sollen im Folgenden auch wichtige gesellschaftliche Missstände untersucht werden, die ein Leben in Würde nachhaltig beeinträchtigen und daher eine permanente Verletzung grundlegender Menschenrechte darstellen. Strukturelle Armut, Kampf um das tägliche Brot, fehlender Zugang zu Bildung und Gesundheitsdiensten, gravierender Mangel an existenzsichernden Arbeits- und Einkommensmöglichkeiten, eine nur ansatzweise vorhandene soziale Absicherung, eine unzuverlässige Justiz, und der de-facto-Ausschluss aus politischen Entscheidungsprozessen, sind nicht nur maßgebliche Faktoren menschenunwürdiger Lebensbedingungen, sie widersprechen auch den grundlegenden Rechten wie sie in der Erklärung der Allgemeinen Menschenrechte und in der derzeitigen madagassischen Verfassung verankert sind.

Der Hinweis auf die gravierenden Mängel in der Umsetzung der Menschenrechte geschieht auf dem Hintergrund einer tiefen Wertschätzung der „Großen Insel“ und ihrer Menschen mit der faszinierenden Vielfalt und dem Reichtum ihrer Kulturen, und auch in Anerkennung des bewundernswerten und ausdauernden Einsatzes so vieler madagassischer Frauen und Männer für eine Gesellschaft, in der möglichst viele, wenn nicht alle Madagassen in Würde leben können. Daher kann und will diese Schrift weder dem in Europa gängigen „Afro-Pessimismus“ das Wort reden, noch will sie anklagen. Sie will vielmehr dazu beitragen, bestehende Unrechtssituationen besser in den Blick zu bekommen, um aus dieser Situationsanalyse Einsichten und Kraft zu schöpfen für einen beherzten Einsatz für die Achtung und Umsetzung der Menschenrechte, um so der Vision der „glücklichen Insel“ wieder näher zu kommen.

Diese Publikation will einer interessierten Öffentlichkeit und an Madagaskar interessierten Organisationen und Einzelpersonen Einblicke in die Menschen-

rechtssituation im heutigen Madagaskar geben. Sie will aber auch zu einem Reflexions- und Orientierungsprozess der katholischen Kirche in Madagaskar beitragen. Er soll bewusst machen, dass sich nachhaltige Armutsbekämpfung in all ihren Formen als ein Beitrag zur Verwirklichung der Menschenrechte und damit zur Entfaltung der Menschenwürde verstehen muss und dass *„die Entfaltung jedes Menschen und des ganzen Menschen, besonders des bedürftigsten und aus der Gemeinschaft ausgegrenzten, im Zentrum der Evangelisierung steht.“*<sup>3</sup>

## 1. Politische Hintergründe oder „Wie Armut entsteht“

Die in dieser Broschüre vorgestellte Menschenrechtssituation im heutigen Madagaskar ist nicht verständlich, ohne einen Blick auf die insgesamt dramatische Entwicklung des Landes seit seiner Unabhängigkeit.<sup>4</sup>

### 1.1 Von der Unabhängigkeit zur Vierten Republik

**1960** erlangt Madagaskar seine Unabhängigkeit. **Philibert Tsiranana**, Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei des Landes, wird Präsident. Seine Amtszeit ist von starker französischer Präsenz geprägt. **1972** kommt es zum **ersten politischen Umsturz**, eingeleitet von der **„Mai-Revolution“ der Studenten**, die vom Volk begeistert aufgegriffen wird. Man fordert *„Malgachisierung“* und Unabhängigkeit von der Kolonialmacht Frankreich. Tsiranana tritt zurück. Nach einem politischen Intermezzo der Armee wird der Korvettenkapitän **Didier Ratsiraka** im Juni **1975** von einem Militärdirektorium als Präsident installiert. Mit einer neuen Verfassung wird im Dezember des gleichen Jahres die **Zweite Republik** ausgerufen und Didier Ratsiraka mit viel Hoffnung auf einen *„neuen madagassischen Weg“* für sieben Jahre zum Präsidenten gewählt.

Mit der *„Nationalen Charta der madagassischen Revolution“* („Boky mena“ – Rotes Buch) wird Madagaskar *„sozialistisch“*, die Partei AREMA (*„Avant-garde de la Révolution Malagasy“*) die dominierende Staatspartei und der Oberste Revolutionsrat das eigentliche Entscheidungsgremium, dem u.a. die Pressefreiheit zum Opfer fällt. Massive Verstaatlichungen, Staatsdirigismus, teure Prestige- und Fehlinvestitionen, Absturz der landwirtschaftlichen und industriellen Produktion und galoppierende Inflation führen zum Zerfall der wirtschaftlichen und sozialen Strukturen (u.a. Bildung, Gesundheit) und zu einer wachsenden Verelendung der Bevölkerung. Nach dem offensichtlichen wirtschaftlichen und sozialen Fiasko des *„Sozialismus“* schwenkt Ratsiraka Mitte der 80er Jahre auf wirtschaftlichen Liberalismus um, aber auch auf das im madagassischen Kontext armutsverstärkende Strukturanpassungs-Programm des Internationalen Währungsfonds. Ansonsten hält er sein quasi diktatorisches Regime mit Propaganda, Angst und Gewalt an der Macht. Trotzdem entsteht Ende der 80er Jahre unter dem Schirm der Kirchen, die im Ökumenischen Christenrat, FFKM (*„Fiombanan'ny Fiangonana Kristianina eto Madagasikara“*), organisiert sind und den einzigen von Ratsiraka respektierten Freiraum darstellen, eine zivile Opposition, u.a. mit dem neu ent-

standenen Wahlbeobachtungskomitee CNOE („Comité National pour l'observation des Elections“). Das Regime kann eine Diskussion über eine Reform der staatlichen Institutionen nicht verhindern.

Die Unnachgiebigkeit des Regimes führt schließlich 1991 zu einer massiven und andauernden Protestbewegung von Hunderttausenden. Im Juli wird der Generalstreik ausgerufen und die oppositionellen „Forces Vives“ (Lebendige Kräfte) beschließen die Schaffung einer Parallelregierung. Der **10. August wird zum Schicksalstag des Ratsiraka-Regimes**: Er läßt auf Demonstranten – eine halbe Million Menschen - schießen, die zum Präsidentenpalast ziehen. Bilanz: mehr als 100 Tote. Im Oktober einigen sich die Oppositionskräfte auf eine Übergangsregierung, die HAE („Haute Autorité de l'Etat“). Unter dem Vorsitz von **Albert Zafy** soll sie in 18 Monaten zur **Dritten Republik** führen. Der **zweite Umsturz** findet statt.

Im August **1992** wird per Referendum eine neue Verfassung in Kraft gesetzt, die eine parlamentarische Demokratie verankert und die Macht des Präsidenten reduziert. Es ist die **Dritte Republik**. Im **Februar 1993** wird Professor **Albert Zafy** mit viel Hoffnung und Begeisterung zum **neuen Präsidenten** gewählt. Er „erbt“ ein verarmtes und zerrüttetes Land und steht vor der großen Herausforderung, dem Land eine neue politische und zivile Kultur zu geben und die grassierende Armut zu mindern. Die Hoffnungen werden enttäuscht. Die Regierung streitet sich um einträgliche Regierungämter, wichtige Reformvorhaben werden verschleppt, und der Präsident reist. Die soziale Situation der Bevölkerung verschlechtert sich weiter. Zafy will auch wieder mehr Präsidentenmacht, was er sich durch ein **Verfassungsreferendum** im **September 1995** bestätigen läßt. Sein neu ernannter Premierminister wird vom Parlament durch **Vertrauensabstimmung abgesetzt**. Das gleiche Schicksal ereilt den Präsidenten, Professor Zafy: Seine notorische Führungs- und Entscheidungschwäche und ständige Abwesenheit führen am 26. Juli 1996 zur Amtsenthebung. Es ist das Ende der unfähigen Regierung der „Forces Vives“ und die **Rückkehr Didier Ratsirakas**, der die ungewöhnlich fairen Präsidentenwahlen im **Dezember 1996** mit 50,7% der abgegebenen Stimmen (bei knapp 50 % Enthaltungen) gewinnt und jetzt eine „*Humanistische und Ökologische Republik*“ ausruft.

Die Rückkehr eines „*Despoten im Herzen*“ verpflichtet: Seine neue „*Partei für die Wiedergeburt Madagaskars*“, AREMA (jetzt „*Association pour la Renaissance de Madagascar*“), besetzt landesweit alle wichtigen Machtpositionen. Die öffentlichen Medien werden, wie gehabt, zu Propagandainstrumenten der Regierung, die öffentliche Verwaltung wird wieder politisiert. Mit einem **Referendum 1989** (30 % Enthaltungen, 51 % Ja-Stimmen) wird die Macht des Präsidenten gestärkt, die des Parlaments reduziert und damit de facto die parlamentarische Demokratie wieder aufgehoben. Der Präsident hat jetzt freie Hand, über verstärkte

Medienkontrolle und erneuten Einsatz der berühmt-berüchtigten politischen Polizei möglichst alle relevanten politischen Positionen zu besetzen. Gleichzeitig bereichern sich der Präsident und seine Familie schamlos, während das Volk weiter verarmt.

Für die **Präsidentenwahl** am **16. Dezember 2001** tritt der erfolgreiche Geschäftsmann und Bürgermeister der Hauptstadt Antananarivo, **Marc Ravalomanana**, als Herausforderer an. Er symbolisiert wirtschaftlichen Erfolg, frischen Wind und ist zudem Vizepräsident der Reformierten Kirche. Im ersten Wahlgang erringt Ravalomanana die Mehrheit der Stimmen vor Ratsiraka, aber nicht die für den ersten Wahlgang erforderliche absolute Mehrheit. Ohne das Endergebnis abzuwarten, erklärt sich Ravalomanana zum Wahlsieger und organisiert am **22. Dezember eine Massendemonstration** als „*Weihnachtsfest des Sieges*“. Der **dritte Umsturz** ist eingeleitet. Mit religiöser Inbrunst gehen Hunderttausende täglich begeistert für den neuen Hoffnungsträger Ravalomanana auf die Straße, auch als das von Ratsiraka-Leuten besetzte Verfassungsgericht HCC („*Haute Cour Constitutionnelle*“) das offizielle Wahlergebnis (Ravalomanana 46,21 %, Ratsiraka 40,9 %) verkündet und eine Stichwahl anordnet. Der neue Kampfruf der Massen lautet: „*Einmal genügt*“. Nach der Verkündung eines neuen offiziellen Wahlergebnisses von 52,15 % für ihn und 35,67 % für Ratsiraka, proklamiert sich **Ravalomanana** am **22. Februar 2002** selbst zum **Präsidenten**, leistet den Amtseid und bildet gleich danach, parallel zur noch amtierenden Ratsiraka-Regierung eine **Gegenregierung**. Das Verfassungsgericht wird personell neu besetzt und bestätigt die neue offizielle Version des Wahlergebnisses. Die Afrikanische Union, die USA und Frankreich verurteilen das Vorgehen. Ratsiraka erklärt den **nationalen Notstand**. Am 18. April unterzeichnen Ratsiraka und Ravalomanana in **Dakar** ein Abkommen, das die Ernennung einer „*Regierung der Versöhnung*“ vorsieht, die nie gebildet wird. Unter Anwesenheit diplomatischer Vertreter und mit dem Segen der Kirchen wird **Ravalomanana** am **6. Mai offiziell als Präsident installiert**.

Ratsiraka spielt die Karte der **Unabhängigkeit der Provinzen** und blockiert mit Waffengewalt u.a. den Zugang zum größten Hafen Tamatave an der Ostküste. In verschiedenen Provinzen leisten seine Vasallen Widerstand gegen die neue Regierung. Der **drohende Bürgerkrieg** wird jedoch verhindert, Frankreich erkennt die neue Regierung an, Ratsiraka flieht im Juli nach Frankreich. Bei den Parlamentswahlen im Dezember gewinnt die Partei Ravalomananas TIM („*Tiako I Madagasikara*“ – Ich liebe Madagaskar) 132 von 160 Sitzen. Bei der **Präsidentenwahl 2006** wird **Ravalomanana** beim ersten Wahldurchgang mit großer Mehrheit als **Präsident bestätigt**. Ravalomanana ist ein Vertreter der freien Wirtschaft, reprivatisiert verstaatlichte Unternehmen und öffnet das Land für internationale Investitionen. Er hat das Vertrauen von Weltbank, Internationalem Währungsfonds, der EU

und der großen Industrienationen. In den ersten Jahren seiner Regierung werden viele Infrastrukturmaßnahmen wie Straßenbau, Stadtanierung und Hafenausbau verwirklicht und auch soziale Bereiche u.a. durch Schaffung neuer Schulen und Gesundheitszentren gefördert. Das Wirtschaftswachstum steigt 2005 auf 4,6 %, 2008 sogar auf 7,1 %. Gleichzeitig baut er ungeniert sein eigenes Wirtschaftsimperium landesweit aus. Die Armutsbekämpfung hat keine Priorität. Er duldet immer weniger Widerspruch und Opposition und schickt Hunderte Oppositionelle ins Gefängnis. 2007 läßt er sich durch ein Referendum seine Präsidentenmacht erweitern. Ravalomanana hält sich für unantastbar.

Da sich aber die Lebenssituation der Bevölkerungsmehrheit weiter verschlechtert, wachsen Enttäuschung und Unzufriedenheit. Bei den **Parlamentswahlen im September 2007** enthalten sich rund 80 % der Wähler der Stimme. Der Kauf eines neuen Präsidentenjets für 60 Millionen US-Dollar, die Verpachtung von 1,3 Millionen Hektar landwirtschaftlichem Nutzland an Daewoo und die Schließung des vom jungen Bürgermeister der Hauptstadt, Andry Rajoelina, betriebenen privaten Fernsehsenders VIVA im Dezember 2008 bringen das Fass zum Überlaufen.

Im **Januar 2009** ruft **Andry Rajoelina** zum **Generalstreik** gegen die „*Diktatur von Ravalomanana*“ auf. Wieder gehen Hunderttausende, jetzt für Andry Rajoelina und gegen Ravalomanana, auf die Straße. In vielen Städten werden Kauf- und Lagerhäuser von Ravalomanana gewaltsam geplündert und zerstört. Es gibt Tote und Verletzte. Der **vierte Umsturz** hat begonnen. Rajoelina fordert die Absetzung des Präsidenten; dieser läßt ihn als Bürgermeister absetzen. Wie vor knapp zehn Jahren Ratsiraka, läßt Ravalomanana am **7. Februar seine Präsidentengarde auf unbewaffnete Demonstranten schießen**. Die Armee solidarisiert sich mit Andry Rajoelina, zwingt den Verteidigungsminister zur Abdankung und stellt ein Ultimatum an die Regierung zur Beendigung der Krise. **Am 17. März dankt Ravalomanana ab**, übergibt die Macht an die Armee, die die **Regierungsgewalt an Andry Rajoelina** weitergibt. Ravalomanana setzt sich nach Südafrika ab. Andry Rajoelina bildet eine Übergangsregierung HAT („*Haute Autorité de la Transition*“), deren Machtübernahme von der internationalen Gemeinschaft als „*Staatsstreich*“ abgelehnt wird. Im Lande organisieren die Anhänger Ravalomananas große Protestversammlungen und organisieren sich, wie auch die Anhänger der früheren Präsidenten Ratsiraka und Zafy, in politischen Oppositionsbewegungen („*Mouvances*“). UNO und Afrikanische Union (AU) entsenden Vermittler zu den Konfliktparteien – ohne Erfolg. Zur Vorbereitung von Wahlen und einer neuen Verfassung führt die Übergangsregierung Bürgerbefragungen in allen Regionen durch, die dann in einer Nationalversammlung zusammengeführt werden sollen.

Inzwischen wird das **Vermittlerteam der AU** aktiv und lädt Rajoelina und die drei früheren Präsidenten Ratsiraka, Zafy und Ravalomanana mit Vertretern ihrer jeweiligen Bewegungen zu einem **Vermittlungsgespräch nach Maputo** ein. Das erste Gespräch Anfang August führt zu einer Einigung über das weitere Vorgehen der Übergangsstrukturen bis zu Wahlen. Das zweite Gespräch Ende August, in dem die führenden Positionen in der Übergangsstruktur besetzt werden sollen, scheitert an den Eigeninteressen der Beteiligten. Daraufhin läßt **Andry Rajoelina** im Alleingang eine **neue Regierung der „Nationalen Einheit“** bilden, in die auch Vertreter der anderen Bewegungen und Unabhängige berufen werden. Erwartungsgemäß stößt diese Entscheidung auf heftigen Widerspruch der anderen „*Mouvances*“. Die internationale Vermittlergruppe GIC (*Groupe International de Contact*) unternimmt einen neuen Einigungsversuch zwischen den Konfliktparteien. Mit einer international hochrangig besetzten Delegation (50 Teilnehmer) findet am 6. Oktober im Hotel Carlton von Antananarivo, ein Treffen mit den vier „*Mouvances*“ statt. Und das Wunder geschieht: Man einigt sich auf die Besetzung der Schlüsselpositionen in der **Übergangsregierung** unter der Präsidentschaft von Rajoelina. Die Unterzeichnung des Carlton-Abkommens und die Besetzung der weiteren Positionen der Übergangsregierung durch die „*Vorsitzenden*“ der „*Mouvances*“ muss außerhalb Madagaskars stattfinden, da laut Maputo-Abkommen, Ravalomanana auf absehbare Zeit nicht nach Madagaskar kommen kann. Nach einem politischen Tauziehen um den Verhandlungsort einigen sich GIC und die vier „*Mouvances*“ auf Addis Abeba. Nach stürmischen Auseinandersetzungen zwischen den drei früheren Präsidenten und Andry Rajoelina, dem drohenden Scheitern der Verhandlungen und einem Tag Verlängerung findet man am **6. November einen Kompromiß** und einigt sich auf die Zusammensetzung der Übergangsregierung: Andry Rajoelina bleibt weiterhin Präsident, allerdings im Rahmen eines dreiköpfigen Präsidialrats, in dem je ein Vertreter der „*Mouvances*“, Ravalomanana und Zafy vertreten sind. Ob dieser Kompromiss politisch tragfähig ist, werden die kommenden Monate zeigen. Grundsätzlich ist aber damit der Weg frei für einen national und international anerkannten Übergangsprozess zu freien Wahlen und zu politischer Normalität. Dafür ist es höchste Zeit, denn die Mehrheit der madagassischen Bevölkerung leidet mehr und mehr an den katastrophalen wirtschaftlichen und sozialen Folgen der andauernden Krise<sup>5</sup>. Armut und Elend verschärfen sich tagtäglich.

## 1.2 Die Rolle der Kirche - Leuchtturm oder Spielball?

Wie die christlichen Kirchen insgesamt, deren Mitglieder die Hälfte der madagassischen Bevölkerung ausmachen, ist die katholische Kirche in Madagaskar ein wichtiger gesellschaftlicher Gestaltungsfaktor, dessen Bedeutung weit über dem zahlenmäßigen Anteil an der Gesamtbevölkerung (rund 27%) liegt. Die gesellschaftliche Bedeutung der Kirche zeigt sich auf zwei Ebenen: Zum einen ist da ihr beachtliches Engagement im Bildungssektor, über Alphabetisierungs-Programme, ein weites Netz von Grundschulen und weiterführenden Schulen, in der beruflichen Ausbildung und im Hochschulbereich (Katholisches Institut). Die landesweit einzige Schule für soziale Dienste ist in kirchlicher Verantwortung. Dazu kommt das kirchliche Engagement im Gesundheitswesen und in ländlichen und städtischen Entwicklungs-Programmen. Mit der zunehmenden Verarmung der Bevölkerung hat sich die Kirche, vor allem über die vielen im Lande tätigen Ordensgemeinschaften, mehr und mehr in der Not- und Soforthilfe für gesellschaftliche Randgruppen, wie z. B. Straßenkinder, engagiert. Wie eine Erhebung der Schule für Sozialarbeit in den späten 80er Jahren zeigt, ist die kirchliche Unterstützung allerdings stark vom Gedanken der Nothilfe geprägt und so nur sehr begrenzt wirksam für einen tiefer greifenden gesellschaftlichen Wandel.

Eine weitere Ebene des gesellschaftlichen Engagements der Kirche liegt darin, dass die Bischofskonferenz regelmäßig zu gesellschaftlichen Fragen Stellung bezogen hat<sup>6</sup>. Mit dem bischöflichen Dokument „*Kirche und Gesellschaft*“ hat sie bereits 1972 eine auch heute noch richtungsweisende Position für eine am Menschen orientierte Entwicklung aufgezeigt. Nach anfänglichem Liebäugeln mit dem madagassischen Sozialismus des Ratsiraka und entsprechenden Kompromittierungen mit den Machthabern, ist die Kirche mehr und mehr auf Distanz zum herrschenden Regime gegangen. Mit dem Bischofswort „*Die Macht im Dienste der Gesellschaft*“ wendet sie sich 1984 gegen jede Form diktatorischer Machtausübung. Die kirchliche Wochenzeitung „*Lakroa*“ war bis zur Aufhebung der Pressezensur 1989 die einzige Zeitung im Lande, die offene Kritik am Regime wagte und für zensierte Artikel einen freien Raum in der Zeitung ließ. **In diesem Zusammenhang muss gesagt werden, dass das Ratsiraka-Regime die Kirche als Ort der freien Meinungsäußerung weitgehend respektiert hat.** Der Papstbesuch im April 1989 hat einerseits die Kirche und ihre Funktion als geschützter Raum für Kräfte der Veränderung gestärkt und zur Aufhebung der Pressezensur beitragen, aber er bedeutete auch eine Stützung des Ratsiraka-Regimes und eine Verlangsamung der systemkritischen Dynamik im Lande.

Bei der Suche nach einer neuen Verfassung nimmt die Kirche 1990 mit dem Bischofswort „Eine Zivilisation der Liebe bauen“ Stellung zum gewaltlosen Wider-

stand gegen Unrecht und Staatsgewalt, zeigt aber auch die Grenzen kirchlichen politischen Engagements. Als der Christenrat (FFKM) 1991 den Rahmen einer begleitenden Unterstützung des gesellschaftlich-politischen Wandels überschreitet und sich, u.a. in der Ausarbeitung einer neuen Verfassung mit Sonderrechten für Kirchen, aktiv in das politische Tagesgeschäft einmischt, geht die katholische Kirche auf kritische Distanz zum FFKM. Nach dem Massaker vor dem Präsidentenpalast ist es der Kardinal von Antananarivo, nicht der FFKM, der Ratsiraka zum Rücktritt auffordert. Amtsträger und Kirchenvolk unterstützen aktiv die Protestbewegung gegen das Regime Ratsiraka und begrüßen die Präsidentschaft von Professor Albert Zafy.

Auch während der enttäuschenden Amtszeit von Albert Zafy und der anschließenden neuen Amtsperiode Ratsirakas nimmt die Bischofskonferenz wiederholt Stellung zu sozialen und politischen Entwicklungen. 2001/2002 unterstützen kirchliche Amtsträger, vor allem der neue Kardinal-Erzbischof von Antananarivo und das Kirchenvolk massiv die Protestbewegung des kirchlich engagierten neuen Hoffnungsträgers Ravalomanana gegen Ratsiraka. Sie unterstützen aber auch seine illegale Amtsübernahme, die auch von der katholischen Kirche abgesegnet wird. Die persönliche und politische Nähe des Kardinals zu Marc Ravalomanana bestimmt den anfänglichen unkritischen Kuschelkurs zwischen Kirchenleitung und Präsident, der vom Präsidenten mit großzügigen Finanzzuwendungen honoriert wird.

Mit der wachsenden Einsicht, dass trotz aller aner kennenswerten Entwicklungsmaßnahmen der Regierung Ravalomanana die Armut im Lande weiter wächst und das Regime mit der systematischen Unterdrückung oppositioneller Kräfte diktatorische Züge annimmt, geht die Kirche auf kritische Distanz zur Regierung. **Die Ernennung eines neuen Erzbischofs für die Hauptstadt erleichtert den kritischeren Umgang mit dem Regime.** Die Ausweisung von Pater Sylvain Urfer ist eine der Reaktionen des Präsidenten auf die Abkühlung des Verhältnisses zwischen Kirche und Regierung. Seit 2007 begleitet die Bischofskonferenz die Entwicklung des Landes mit kritischen Verlautbarungen und ermutigt Gläubige und Volk, ihre Verantwortung für positive Veränderungen wahrzunehmen. Der bischöfliche Einspruch gegen die Zeitplanung des Referendums 2007 und der Fastenhirtenbrief 2008 fordern zum friedlichen Widerstand gegen den sozialen und politischen Zerfall auf. Die Kirche ist zweifelsohne ein maßgeblicher Faktor des politischen Wandels, der im März 2009 zur Abdankung des Präsidenten führt. Nach der Machtübernahme durch Andry Rajoelina und den gescheiterten, vom Erzbischof von Antananarivo moderierten Vermittlungsverhandlungen zwischen

den politischen Kontrahenten, veröffentlichte die Bischofskonferenz Ende März 2009 eine mutige und richtungsweisende „*Erklärung an die Nation*“ u.a. zu den Bedingungen für eine friedliche und demokratische politische Entwicklung.

Zum anderen existieren in der Kirche Institutionen wie „*Foi et Justice*“ (Glaube und Gerechtigkeit), die durch ihre Veröffentlichungen permanent bürgerrechtliche Bewusstseinsbildung betreibt und Information vermitteln, z. B. durch die Veröffentlichung des Verfassungstextes und grundsätzliche Reflexionen zu einer am Menschen orientierten Entwicklung. Im weiteren Umfeld der Kirche siedeln sich auch zivilgesellschaftliche Kräfte und Laieninitiativen an wie die „*Organisation zur Beobachtung des öffentlichen Lebens*“, SeFaFi („*Sehatra Fanaraha-Maso ny Fiainam-Pirenena*“), die mit ihren sehr grundsätzlichen aber auch praxisorientierten Veröffentlichungen versucht, die politische und gesellschaftliche Entwicklung des öffentlichen Lebens zu orientieren und zu beeinflussen. Ein Beispiel ist die Broschüre „*Wem gehört der Staat?*“ Und es ist nicht von ungefähr, dass das neue kirchliche „*Institut für Soziale Dienste*“ eine Gastgeber- und Organisatorenrolle für die sich bildende „*Zivilgesellschaft*“ spielt. Die in der „*Zivilgesellschaft*“ zusammen geschlossenen Organisationen haben sich gemeinsam mit der Armee als Vermittler zwischen Übergangsregierung und den oppositionellen Bewegungen angeboten.<sup>7</sup>

Die madagassische Kirche ist Teil ihrer Gesellschaft und leidet auch unter den Krankheiten dieser Gesellschaft wie Korruption, faulen Kompromissen und Lethargie. Trotzdem ist sie in den Wirren der bisherigen nachkolonialen madagassischen Entwicklung in einer mehr und mehr orientierungslos gewordenen Gesellschaft zum Leuchtturm geworden und ist auch weiterhin dazu berufen.

## 2. Menschenrechte und Menschenwürde im heutigen Madagaskar

Die hier folgende Darstellung der Menschenrechtssituation im heutigen Madagaskar will zum einen ein repräsentatives Panorama der von internationalen Menschenrechtsorganisationen registrierten Problembereiche beschreiben.

### 2.1 International erfasste Menschenrechtsverletzungen

Dieser Teil stützt sich vor allem auf den „*Human Rights Report Madagascar 2008*“ des amerikanischen „*Büros für Demokratie, Menschenrechte und Arbeit*“<sup>8</sup>, der mit Angaben aus dem Bericht 2007 des UN-Komitees für zivile und politische Menschenrechte<sup>9</sup> ergänzt wird. „*Human Rights Watch*“ und „*Amnesty International*“ haben keine Jahresberichte zu Madagaskar vorgelegt. Wegen des Massakers vor dem Präsidentenpalast vom 7. Februar hat „*Amnesty International*“ eine punktuelle Untersuchung durchgeführt. Die 1996 in Madagaskar geschaffene nationale Menschenrechts-Kommission hat nie richtig funktioniert. In diesem ersten Teil des Kapitels werden auch Erkenntnisse und Informationen aus einer vom Autor kürzlich durchgeführten Informationsreise nach Madagaskar einfließen.<sup>14</sup>

Im zweiten Teil dieses Kapitels werden gesellschaftliche Problembereiche wie Armut und Hunger, fehlender Zugang zu Bildung und Gesundheitsdiensten, Arbeitslosigkeit und fehlende soziale Sicherung als gravierende Tatbestände verweigerter und verletzter Menschenrechte dargestellt. Die statistischen Daten dieser Teils stammen vor allem aus dem vom madagassischen Innenministerium vorgelegten Zwischenbericht zur Umsetzung der UN-Millenniumsziele 2007<sup>10</sup> und dem Dokument „*Madagascar aujourd'hui, un pays ouvert sur l'avenir*“<sup>11</sup> sowie aus dem „*Weltentwicklungsbericht 2007 /2008*“<sup>12</sup> und dem „*Human Development Report 2007 /2009*“<sup>13</sup>. Die Kommentare und Beobachtungen zu den einzelnen Bereichen bestehen weitgehend aus den im August / September 2009 gesammelten Gesprächsergebnissen mit Verantwortlichen kirchlicher Sozialprogramme in Antananarivo, Ambositra, Antsiranana und Tamatave.<sup>14</sup>

In seinem Zwischenbericht zu den Millenniums-Zielen gibt das madagassische Innenministerium einen nützlichen Hinweis zur realistischen Einschätzung der statistischen Daten zu Madagaskar: „*Statistische Daten sind inkohärent, nicht flächendeckend und unzureichend. Datenerhebung, -verarbeitung und -auswertung, sowie die Festlegung der Indikatoren haben keine gemeinsamen Vorgehensnormen ... Es gibt keine „Kultur statistischer Erfassung“ und deren Inwertsetzung für Planung.*“<sup>10</sup>

### 2.1.1 Die Unverletzlichkeit der menschlichen Person

Dieses verbrieftes Menschenrecht wird in Madagaskar, vor allem in Bereichen der Justiz, durch mehrere Tatbestände kontinuierlich verletzt.

**Willkürliche und ungesetzliche Tötungen:** Überall im Lande greifen Polizei und Gendarmen bei Verfolgung und Verhaftung zu ungesetzlicher und tödlicher Gewalt. Für solche Tötungen werden die Sicherheitskräfte gesetzlich nicht belangt. Dazu gehört das eingangs erwähnte Massaker durch die Präsidentengarde am 7. Februar 2009.

**Folterungen** und andere unmenschliche oder entwürdigende Behandlungen und Bestrafungen: In madagassischen Gefängnissen werden nachweislich Häftlinge misshandelt und vergewaltigt.

**Willkürliche Verhaftungen und Haft:** Landesweit werden Verhaftungen auf unbegründeten Verdacht und lange Inhaftierung von Verdächtigen ohne Urteil durchgeführt.

Lange unbegründete **Untersuchungshaft:** Laut Justizministerium sind derzeit etwa 50 % der Häftlinge Untersuchungshäftlinge ohne rechtskräftiges Urteil – laut kirchlicher Gefangenenseelsorge sind es weit mehr. Ineffiziente, unterbesetzte und korrupte Rechtsstrukturen sind die Hauptursache hierfür. Viele Häftlinge verbringen mehr Zeit im Gefängnis als die für ihre Vergehen vorgesehene Haftstrafe beträgt – oder sterben vorher.

**Haftbedingungen:** Die Bedingungen in Gefängnissen sind hart und lebensbedrohend, u.a. durch die weitgehend gravierende Überbelegung. Laut offiziellen Angaben sind in den 82 Haftanstalten 16.555 Häftlinge untergebracht, die Aufnahmekapazität entspricht jedoch nur einem Drittel davon. In den Gefängnissen herrscht chronische Unterernährung bei 2/3 der Häftlinge, es gibt sogar Hungertote. Laut Justizministerium gab es 2008 insgesamt 48 Hungertote, nach Angaben der kirchlichen Gefangenenseelsorge sind es weit mehr. Unterernährung und katastrophale hygienische Verhältnisse bezüglich Latrinen und Wasserversorgung machen die Häftlinge anfällig für Krankheiten und Epidemien. Medizinische Betreuung gibt es kaum. Kirchenvertreter und andere Nicht-Regierungsorganisationen (NRO) berichten von häufigen Vergewaltigungen, aber auch von Prostitution für Nahrungsmittel. Häftlinge können auch zu Zwangsarbeit gezwungen werden.

Die Regierung erlaubt allerdings unabhängige Untersuchungen und Berichterstattung über Haftbedingungen, u.a. vom Roten Kreuz und NROs wie der Gefangenenseelsorge. Wie Gesprächspartner in allen besuchten Regionen feststellen, gibt es keine faire Justiz. Entgegen Verfassung und Gesetz nimmt die staatliche Exekutive auf allen Ebenen Einfluss auf die Rechtsprechung und fördert dadurch Korruption. Das gesetzlich verankerte Recht auf angemessene Rechtsvertretung ist wenig bekannt und für arme Angeklagte nicht bezahlbar. Es gibt eine reale Klassenjustiz: „*Weil Du arm bist, gehst Du ins Gefängnis*“, die Reichen kommen oft ungeschoren davon.

**Politische Gefangene und Häftlinge:** Obwohl es wegen der politischen Brisanz keine verlässlichen Zahlen gibt, ist bekannt, dass unter der Regierung Ravalomanana etliche gut bekannte Oppositionspolitiker inhaftiert waren, von denen die meisten durch die Übergangsregierung „amnestiert“ wurden. Inzwischen gibt es neue politische Häftlinge.

### 2.1.2 Bürgerliche Freiheiten

**Meinungs- und Pressefreiheit:** Verfassung und Gesetz garantieren Meinungs- und Pressefreiheit. Landesweit gab und gibt es eine relativ freie Medienvielfalt, darunter 13 private Zeitungen, 258 Radiosender und 39 Fernsehsender, aber nur der private Fernseh- und Radiosender des Präsidenten konnte landesweit senden. Die Regierung hat auch immer wieder versucht, kritische Meinungen zu unterbinden. Die Suspendierung von Radiostationen und das Verbot regierungskritischer Sendungen ist eine weitere Facette der Einschüchterungsversuche von Medien durch die Regierung. Das Schließen des sich im Besitz des damaligen Bürgermeisters der Hauptstadt, Andry Rajoelina, befindlichen privaten Fernsehsenders VIVA im Dezember 2008 war der Anlaß für die Protestbewegung, die zum Rücktritt des Präsidenten führte.

**Versammlungsfreiheit:** Diese ist von Verfassung und Gesetz garantiert und wurde auch weitgehend respektiert. In Antananarivo, Fianarantsoa und Tamatave wurden 2008 jedoch oppositionelle Veranstaltungen aus fadenscheinigen Gründen verboten. Wenn sie trotzdem stattfanden, wurden Verantwortliche inhaftiert. Mit der Erschießung von Demonstranten am 7. Februar 2009 verabschiedete sich dann das Regime von diesem Menschenrecht.

**Religionsfreiheit:** Ist ebenfalls generell gewährleistet. Im Rahmen des Verfassungs-Referendums vom April 2007 wurde die ausdrückliche Trennung zwischen Staat und Kirche aufgehoben, aber der gesetzliche Schutz für die Religionen aufrecht erhalten. Die bereits erwähnte Ausweisung des Jesuiten P. Sylvain Urfer war mit Sicherheit auch eine Warnung an die seit der Neubesetzung des Erzbischöflichen Stuhls der Hauptstadt auf Distanz zur Regierung gegangene katholische Kirche.

### 2.1.3 Politische Rechte

**Freie Wahlen und politische Beteiligung:** Die 2007 durchgeführten Wahlen zum Senat, die Kommunalwahlen und die Parlamentswahl (nur 46 % Wahlbeteiligung) brachten jeweils absolute Mehrheiten für die Regierungspartei. Die von örtlichen und externen Beobachtern eingebrachten Beanstandungen an der Wahlvorbereitung und -durchführung hatten kein rechtliches oder politisches Nachspiel. Die eigentlichen Probleme für alle Wahlen sind struktureller Art. Es gibt kein transparentes und bevölkerungsgerechtes Wahlgesetz und keine unabhängige Wahlkommission.

**Korruption und Transparenz in der Regierungsführung:** Die weltweit angewandten Weltbank-Indikatoren für Regierungsführung bescheinigten der Regierung Ravalananana von Anfang an Korruption und deren Straflosigkeit als ernst zu nehmendes Problem. Um diesen Vorwürfen zu begegnen, schuf die Regierung eine „Agentur gegen Geldwäsche“ und das „Unabhängige Anti-Korruptions Büro“ BIANCO („Bureau International de lutte anti-corruption“). Die Unabhängigkeit von BIANCO ist allerdings relativ: Der Direktor wird vom Präsidenten ernannt und BIANCO steht unter der Aufsicht des beim Präsidenten angesiedelten „Komitees zum Erhalt der Integrität“. Trotz dieser Abhängigkeit vom Präsidenten hat BIANCO wertvolle Antikorruptionsarbeit geleistet. In 111 Distrikten hat BIANCO öffentliche Beschwerdeboxen eingerichtet und 2008 über 9.500 Beschwerden erhalten, von denen 1.095 akzeptiert sowie in öffentlichen Untersuchungen weiterverfolgt wurden und zu Verhaftungen führten. Nicht-Regierungs-Organisationen und Medien weisen jedoch darauf hin, dass die Korruptionsbekämpfung sich mehr auf untere Ebenen beschränkt.

### 2.1.4 Die Situation der Frauen

In der heutigen Gesetzgebung genießen Frauen **Gleichheit vor dem Recht**. Sie können gleichberechtigt den Wohnort der Familie wählen, haben Recht auf die Hälfte des gemeinsamen Eigentums bei Beendigung der Ehe. Witwen mit Kindern haben Anspruch auf die Hälfte der Erbmasse beim Tod des Mannes. Vor allem im ländlichen Raum mit starken Traditionen, aber auch im städtischen Umfeld ist die Umsetzung dieser gesetzlich verbrieften Rechte jedoch weitgehend nicht gewährleistet. Das UN-Menschenrechts-Komitee kommt daher zu dem Schluss: „Das Komitee ist besorgt über die Traditionen, die der Gleichberechtigung der Frau im Wege stehen“.<sup>9</sup> Es gibt keine staatliche Stelle zur Gewährleistung der Frauenrechte.

Die **gesellschaftliche Diskriminierung** von Frauen ist im städtischen Bereich weniger ausgeprägt. Frauen bekleiden verantwortliche Positionen in privaten und staatlichen Unternehmen und haben einen wachsenden, wenn auch noch sehr geringen Anteil an Positionen mit politischer Verantwortung. Allerdings verdienen Frauen bei gleicher Arbeit durchweg weniger als Männer. Von örtlichen Traditionen geprägte Denk- und Verhaltensmuster im ländlichen Raum, also bei über 70 % der Bevölkerung, weisen der Frau weitgehend eine traditionelle, dem Mann untergeordnete Rolle zu. Das Gesetz stellt **Vergewaltigung** unter Strafe, bezieht sich aber nicht auf innereheliche Vergewaltigung. Vergewaltigung von Kindern und schwangeren Frauen wird mit Arbeitslager bestraft. Die Sitten- und Jugendpolizei spricht landesweit von täglich 10 bis 12 Anzeigen wegen Vergewaltigung. 2008 wurden in Antananarivo 217 Vergewaltigungen angezeigt. Obwohl gesetzlich unter Strafe gestellt, ist **häusliche Gewalt** gegen Frauen ein großes Problem. Das „Nationale Institut für öffentliche Gesundheit“ schätzt, dass im Jahre 2007 etwa 55 % aller Frauen Opfer häuslicher Gewalt waren. Eine vom Gesundheitsministerium und zwei Nicht-Regierungs-Organisationen durchgeführte Studie belegt, dass von 400 befragten Frauen in Antananarivo 45 % psychische und 35 % physische Gewalt erfahren haben. **Prostitution**, die in Touristengebieten mit Sextourismus zunimmt, ist keine Straftat. Allerdings wurden 2007 die Gesetze gegen sexuelle Ausbeutung von Kindern, Sextourismus mit Kindern, Kinderpornographie und Menschenhandel verschärft. **Sexuelle Belästigung** ist gesetzeswidrig, wird aber weitgehend praktiziert, vor allem in den Betrieben der „Zône Franche“ (steuerbegünstigte Produktionszonen für internationale Unternehmen), wo der Anteil von belästigten Frauen auf 50 % der beschäftigten Frauen geschätzt wird.

### 2.1.5 Die Situation der Kinder

Mit der Situation der Kinder beschäftigen sich insbesondere das Erziehungs- und das Gesundheitsministerium. Vor allem aus Budgetgründen sind effektiver Kinderschutz und Kinderförderung nach wie vor ein Stiefkind staatlicher Fürsorge. Zuverlässige Statistiken sind kaum verfügbar. Beispiele hierfür:

Madagaskar verfügt über kein einheitliches **System zur Registrierung von Geburten** und Kinder ohne Geburtsurkunde werden weder in öffentlichen Schulen aufgenommen, noch habe sie Anrecht auf Gesundheitsfürsorge. Auf der Basis einer Erhebung 2003 / 2004 schätzt das staatliche Statistikamt INSTAT („*Institut National de la Statistique*“) die Zahl der nicht registrierten Kinder auf 25 % aller Kinder unter fünf Jahren.

Was das **Recht der Kinder auf Grundbildung** betrifft, so ist lt. Verfassung die Grundbildung kostenfrei und für Kinder bis zu 14 Jahren verpflichtend. Regierungsamtliche Statistiken sprechen von einer effektiven Einschulungsquote zwischen 80 % und 96 %. Wie später in diesem Bericht ausführlicher dargestellt wird (Zugang zu Grundbildung, S. 20), sind diese Zahlen reine Augenwischerei.

**Kindesmissbrauch** ist landesweit ein ernsthaftes Problem. Daher hat die Regierung 2007 einen Aktionsplan gegen Gewalt gegen Kinder, Kinderarbeit, sexuelle Ausbeutung und Kinderhandel beschlossen. Mit UNICEF betreibt das Gesundheitsministerium ein landesweites Netzwerk gegen Kindesmissbrauch und -ausbeutung.

**Kinderehen** kommen landesweit, vor allem in ländlichen Regionen, vor. Etwa 33 % der Mädchen zwischen 13 und 19 Jahren werden traditionell verheiratet. Seit April 2007 ist das gesetzliche Mindestalter für Ehen von Jungen und Mädchen ohne elterliche Erlaubnis auf 18 Jahre festgelegt.

**Kinderprostitution** ist eine der häufigsten Formen von Kinderarbeit. UNICEF hat festgestellt, dass in der Hafenstadt Tamatave und auf der Insel Nosy zwischen 30 % und 50 % der Prostituierten jünger als 18 Jahre sind.

Das **Verstoßen von Kindern** ist gesetzeswidrig, wird aber wegen Armut und mangelnder Unterstützung durch die Familie häufig praktiziert. Zuverlässige Statistiken liegen nicht vor. Im Südwesten der Insel existiert eine Tradition, die Zwillinge als einen Fluch für die Familie betrachtet. Daher wurden traditionell beide Zwillinge oder einer von beiden ausgesetzt. Nach einer ausführlichen Studie über diese Praxis in Mananzary, wird ein Aufklärungs-Programm für die Bevölkerung

durchgeführt. Verstoßene Kinder werden meist von kirchlichen Programmen aufgenommen.

Seit 2007 ist **Menschenhandel** gesetzlich verboten, wird aber nach wie vor mit Kindern und jungen Frauen vor allem aus ländlichen Regionen praktiziert. Kinder und Mädchen werden für Prostitution (Sextourismus), Zwangsarbeit, u.a. als Hausbedienstete, und für den Straßenhandel verkauft. Ein 2007 verabschiedetes Gesetz gegen Menschenhandel, vor allem mit Kindern, wird kaum umgesetzt.

### 2.1.6 Die Situation der Behinderten

Gesetzlich ist die **Diskriminierung von Behinderten** verboten, ihre Rechte sind festgelegt und es existieren staatliche Kommissionen, die die Behindertenrechte umsetzen sollen. Die Praxis ist anders: „*Handicap International*“ hat 2005 festgestellt, dass Behinderte nur in Ausnahmefällen Zugang zu Gesundheitsdiensten, Grundbildung, Beschäftigung oder behindertenspezifischen Diensten haben. Die Unterzeichnung des Internationalen Abkommens über Behindertenrechte durch den Präsidenten 2007 hat an der Situation nichts geändert.

### 2.1.7 Arbeitsrecht

Beschäftigte im öffentlichen Dienst und im privaten Sektor haben das **Recht auf Zusammenschluss**, d.h sie können ohne vorherige Genehmigung durch den Arbeitgeber Gewerkschaften gründen oder ihnen beitreten. Gesetzlich ist die Diskriminierung der Gewerkschaftsmitglieder verboten. Die Angst vor Repressalien seitens der Arbeitgeber und vor Arbeitsplatzverlust behindert allerdings die Mitgliedschaft in Gewerkschaften. Laut Ministerium für Öffentlichen Dienst und Arbeit sind 14 % der in Betrieben der „*Zônes Franches*“-Beschäftigten und 10 % aller Arbeitnehmer gewerkschaftlich organisiert. Die Betriebe der „*Zône Franche*“, haben neuerdings vom örtlichen Arbeitsrecht abweichende eigene Richtlinien für Arbeitsverträge, Vertragsdauer, Nacharbeit von Frauen und Überstunden. Nach Angaben von Gesprächspartnern werden lokale Gewerkschaften, wie auch Betriebsärzte oft von Arbeitgebern gekauft, um im Interesse der Betriebseigner zu handeln.

Das Arbeitsrecht verbietet **Kinderarbeit** und legt das gesetzliche **Mindestalter** für ein Arbeitsverhältnis mit Ausbildungskomponenten auf 15 Jahre fest. Die 2007 durchgeführte Studie der „*Internationalen Arbeitsorganisation*“ (ILO) über Kinderarbeit in Madagaskar hat aber festgestellt, dass ungefähr 28 % der Kinder

und Jugendlichen zwischen 5 und 17 Jahren, das sind 1,8 Millionen Kinder, teil- oder vollzeit arbeiten, davon verrichten 438.000 Kinder gefährliche Arbeiten. In ländlichen Gebieten arbeiten die Kinder überwiegend in der Landwirtschaft, beim Fischfang und in der Tierhaltung. Im städtischen Bereich arbeiten Kinder im Haushalt, Güter- und Personentransport (Rikschas), Straßenhandel, Prostitution, Steinbruch, in Bars und als Bettler. Das Komitee für Menschenrechte ergänzt: „Kinder-, vor allem Mädchenarbeit im Haushalt muss oft als Sklavenarbeit eingestuft werden“.<sup>9</sup> Kinder werden auch benutzt bei der Meersalzproduktion, beim Tiefseetauchen und in der Krabben-Industrie. Da das für Arbeitsaufsicht zuständige Ministerium personell total unterbesetzt ist, ist eine effektive Kontrolle nicht möglich. Erfreulich sind Bemühungen wie die „Rote-Karte-Kampagne“ gegen Kinderarbeit des Madagassischen Fußball-Verbandes.

Das Ministerium für öffentlichen Dienst und Arbeit ist auch dafür verantwortlich, im Arbeitsrecht festgelegte **annehmbare Arbeitsbedingungen** und den **Mindestlohn** durchzusetzen. 2008 lag der gesetzliche monatliche Mindestlohn bei 70.025 Ariary (derzeit ca. 27 €) für Beschäftigte außerhalb der Landwirtschaft und bei 71.000 Ariary (derzeit ca. 28 €) für Beschäftigte in der Landwirtschaft. Unter der Voraussetzung, dass Grundbildung und Gesundheitsversorgung frei wären, bräuchte man zum Leben einer Durchschnittsfamilie (mit 4,5 Kindern) als Mindestlohn 300.000 Ariary. Selbst der Mindestlohn wird nicht immer bezahlt und er erlaubt es nicht, auch nur die Grundversorgung mit Nahrung für eine Familie sicher zu stellen. Im Kontext der massiven Arbeitslosigkeit und der grassierenden Armut wird aber auch schlecht bezahlte Arbeit akzeptiert.

## 2.2 Menschliche Grundbedürfnisse und Menschenrechte

Neben den statistischen Hinweisen sollen hier vor allem madagassische Gesprächspartner zu Wort kommen, um ihre konkreten Erfahrungen, Ursachenanalysen der Situation sowie Ideen zur Lösung der Probleme einzubringen. Die Aussagen der madagassischen Gesprächspartner erheben nicht den Anspruch, allgemein gültige Aussagen für das ganze Land zu machen. Unter den Aussagen, die in vier sehr verschiedenen Lebensräumen gemacht wurden, besteht jedoch ein sehr hoher Übereinstimmungsgrad, was ihnen einen für die Gesamtsituation des Landes hohen Gültigkeitswert gibt, der auch durch die Repräsentativität der Gesprächspartner für kirchliche Sozial- und Entwicklungsarbeit bestärkt wird. Die Aussagen zu den einzelnen Bereichen folgen keinem vorgegebenen Schema. Sie sind vielmehr spontaner Ausdruck konkreter Erfahrungen und persönlicher Überlegungen.

Alle Feststellungen und Kommentare dieses Kapitels werden gemacht im Bewusstsein der und im Hinblick auf die in der „Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte“ verbrieften Grundrechte: *„Alle Menschen sind frei und gleich an Würde und Rechten geboren. Sie sind mit Vernunft und Gewissen begabt und sollen einander im Geiste der Brüderlichkeit begegnen. (Art. 1) Jeder hat Anspruch auf alle in dieser Erklärung verkündeten Rechte und Freiheiten, ohne irgendeinen Unterschied, etwa nach Rasse, Hautfarbe, Geschlecht, Sprache, Religion, politischer oder sonstiger Anschauung, nationaler oder sozialer Herkunft, Vermögen, Geburt oder sonstigem Stand.“* Art. 2<sup>16</sup>

### 2.2.1 Lebenshaltung und Grundsicherung

*„Jeder Mensch hat Anspruch auf eine Lebenshaltung, die seine und seiner Familie Gesundheit und Wohlbefinden, einschließlich Nahrung, Wohnung, ärztlicher Betreuung und der notwendigen Leistungen der sozialen Fürsorge ... gewährleistet ...“* Art. 25<sup>16</sup>

#### Fakten und Daten<sup>10</sup>

*„Armut ist ein großes Problem in Madagaskar“.* Im Jahre 2005 lebten 67,5 % der madagassischen Bevölkerung, das sind knapp 14 Millionen Menschen, unter der Armutsgrenze mit weniger als einem Dollar am Tag, heute sind es mit Sicherheit wieder mehr. Armut ist vor allem ländlich (73,5 % – 80 %), aber auch städtische Armut nimmt zu und betrifft zudem mehr und mehr Frauen. Es gibt starke regionale Unterschiede. An der Ostküste und im Süden der Insel liegt die Armutsquote bei 80 %. Nur 8 der 22 Regionen des Landes liegen unter der durchschnittlichen Armutsquote.

### Beobachtungen und Kommentare<sup>14</sup>

Meine madagassischen Gesprächspartner haben die Indikatoren und Gesichter von Armut, wie sie ihnen täglich begegnen, so dargestellt: Armut macht Menschen zu Bettlern. Arme sind schlecht gekleidet, schmutzig (mangelnde Hygiene), unterernährt, krank, durchsuchen Müll, leben in menschenunwürdigen Behausungen ohne Wasser und Licht, überleben durch Prostitution. Armut heißt ständig ums Überleben zu kämpfen, für anderes bleibt keine Zeit. Armut produziert Verzweiflung und verführt zur Flucht in Alkohol, Drogen (in Antsiranana Khatt) oder Armutskriminalität. Mit den äußeren Armutsmarkmalen gehen psychische und mentale Verhaltensmuster einher: Aggressivität, Werteschwund, Verlust des Selbstwertgefühls, Lethargie, Neid und Missgunst untereinander, Verlust jeglichen Solidaritätsgefühls und entsprechender brutaler Egoismus. „Zerstörte Würde“ auf der ganzen Linie. Armut weckt aber auch Überlebenskräfte und -strategien: Als in der Hauptstadt importiertes Speiseöl und Mehl billiger wurden, haben sich die Verkaufsstände für frittierte Teigwaren rapide vermehrt.

### Gründe für und Wege aus der Armut<sup>14</sup>

Für die Gesprächspartner sind die Gründe für die massive Armut überwiegend struktureller Art. Dazu gehören u.a. die hohe Arbeitslosigkeit einerseits und ein Mindestlohn unter dem Überlebensniveau, wenn man Arbeit hat. Der massive Bildungsnotstand – die Frauen mit denen das Frauenförderprogramm „Toko Vato“ landesweit arbeitet, sind alle Analphabetinnen – niedrige Erzeugerpreise für landwirtschaftliche Produkte und die angstmachende Unsicherheit. Es vergeht kein Tag ohne bewaffnete Raubüberfälle. Und die „Krise“ verstärkt die Armut. In Antsiranana müssen Restaurants und andere Touristeneinrichtungen wegen ausbleibender Touristen ihre Beschäftigten entlassen. Um Tana sind 100.000 Beschäftigte der „Zone Franche“ im „technischen Ausstand“ – ohne Arbeitslosengeld und mit drohendem Arbeitsverlust. Zum Glück gab es in diesem Jahr keine größeren Wirbelstürme, aber im Süden des Landes herrscht Dürre, – zwei weitere, oft wiederkehrende Armut-Ursachen.

Die örtlichen Solidaritäts-, Alphabetisierungs- und Gesundheitserziehungsprogramme, die Förderung von Selbsthilfe-Initiativen, u.a. für Jugendliche, im städtischen und ländlichen Bereich, Beratung zur landwirtschaftlichen Produktionssteigerung, Rechtsbeistand und Überlebenshilfe für Häftlinge sind die bekannten Maßnahmen zur Armutsbekämpfung seitens der Kirche. Aber sie sind nur sehr begrenzte Maßnahmen für einen nachhaltigen „Weg aus der Armut“. Man ist sich bewusst, dass Kirche zur Armutsbekämpfung „politischer“ werden muss, vor allem im Beitrag zum Aufbau und Wachsen der Zivilgesellschaft, die dann letztendlich Armutsbekämpfung auf lokaler und nationaler Ebene einfor-

dern kann. Zum Beispiel im Blick auf die von der Regierung geplante Erhöhung des Budgetanteils für soziale Belange: Gesundheit, Erziehung, Rechtswesen, Soziale Sicherheit.

### 2.2.2 Ernährungslage, Unter- und Fehlernährung

„Jeder hat Anspruch auf ... Nahrung ...“ Art.25<sup>16</sup>

#### Fakten und Daten<sup>10</sup>

„Ernährungsunsicherheit, Fehl- und Unterernährung sind unerträgliche Lasten für Madagaskar und sind ein wesentlicher Risikofaktor für Krankheiten.“

42 % der Kinder unter fünf Jahren haben Untergewicht. Tendenz steigend. Die Kindersterblichkeit ist zu 50 % auf Fehl- und Unterernährung zurück zu führen.

65 % der Haushalte wissen nicht, wovon sie leben sollen. Entweder weil ihnen nicht genügend Lebensmittel zur Verfügung stehen oder wegen mangelnder Kaufkraft für Grundnahrungsmittel. Am meisten gefährdet sind Kinder in armen Familien, vor allem auf dem Land, schwangere und stillende Frauen mit unausgewogener Ernährung und generell die Bevölkerung der Regionen mit regelmäßigen Dürren und Wirbelstürmen: Ostküste, Südosten und Süden.

Jean Ziegler, der Sonderberichterstatter des UN-Menschenrechtsrates stellt zum Recht auf Ernährung fest: „Ein Kind, das von seiner Geburt bis zum fünften Lebensjahr nicht die ausreichende Menge an angemessener Nahrung erhält, wird sein Leben lang darunter leiden. Einen Erwachsenen, der zeitweise unterernährt war, kann man mit speziellen Therapien unter ärztlicher Aufsicht wieder zu einem normalen Leben zurückführen. Bei einem Kind unter fünf Jahren ist das unmöglich. Ohne ausreichende Nahrung werden Gehirnzellen unheilbar geschädigt.“<sup>15</sup>

### Beobachtungen und Kommentare<sup>14</sup>

Ausreichende und ausgewogene Ernährung ist für viele nicht erschwinglich, daher leiden viele an Fehl- und Unterernährung. Es gibt sowohl quantitative als auch qualitative Unterernährung: „Wir essen quantitativ genug (voller Bauch), aber qualitativ zu wenig.“ Reis ist noch erschwinglich, aber nicht die „Zutaten“ (Gemüse, Fleisch, Fisch), die für eine ausgewogene Ernährung wichtig wären. Es fehlt auch das Wissen über ausgewogene Ernährung. Aufgrund der Unter- und Fehlernährung sind Kinder in den Schulen unfähig, sich zu konzentrieren. Unter den vom Grundbildungsprogramm „Vozama“ erreichten Kindern gibt es jährlich fünf bis zehn Todesfälle wegen Unterernährung und Folgekrankheiten.

### Gründe für diese schlechte Ernährungslage<sup>14</sup>

Bedingt durch Arbeitslosigkeit und Armut fehlt es an Kaufkraft. Die Landbewirtschaftung ist oft traditionell und wenig ertrageich. Schlechtes „Management“ der verfügbaren Nahrungsmittel etwa durch den Verkauf von lebenswichtigen Vorräten, was zu einer Hungerperiode vor der nächsten Ernte führt. Landflucht vor allem junger Männer. Schlechte Ausstattung für Landwirtschaft: Gerät, Geld ... Brandrodung und sinkende Bodenfruchtbarkeit. Bevölkerungswachstum bei gleich bleibenden Anbauflächen mit sinkenden Erträgen. Keine nachhaltige Politik für ländliche Entwicklung und gegen korrupte Verwaltung. Kulturelle Vorgaben behindern eine ausgewogene Ernährung; z. B. ist der Anbau von Bohnen in der Region von Manankara ein Tabu.

### Wege aus der Ernährungsmisere<sup>14</sup>

Im städtischen Bereich: Arbeit und Einkommensmöglichkeiten schaffen. Ernährungs-Programme für Klein- und Schulkinder. Gezielte ländliche Entwicklungs-Programme mit ökologisch verträglicher Produktionssteigerung, z. B. die Reisertragssteigerung durch SRI („*Système de Riziculture Intensif*“). Förderung örtlicher Produkte und Einfuhrkontrollen für Nahrungsmittel. Vermarktung muss besser organisiert werden. Ernährungslehre in den Schulen und in Mutter-Kind-Programmen. Ernährungs-Tabus müssen aufgebrochen werden.

### 2.2.3 Zugang zu Grundbildung

„Jeder Mensch hat das Recht auf Bildung. Der Unterricht muß wenigstens in den Elementar- und Grundschulen unentgeltlich sein. Der Elementarunterricht ist obligatorisch.“ Art. 26<sup>16</sup>

### Fakten und Daten<sup>10</sup>

Laut Innenministerium ist die Einschulungsquote von 71 % in 1997 auf 96 % in 2006 gestiegen und gilt gleichermaßen für Mädchen und Jungen. Es existieren jedoch starke regionale Unterschiede, vor allem im ländlichen Bereich. Der Grundschulbereich weist zudem eine sehr hohe Ausfallquote auf. Je nach Region schließen nur 30 %, maximal 47 % der Kinder die Grundschule ab. Insgesamt gesehen, schließt nicht einmal jedes zweite Kind die Grundschule ab. Dazu kommt eine hohe Wiederholungsquote, die u.a. mit den Klassengrößen (60–80) und dem häufigen Fehlen der Lehrkräfte zu tun hat. Die landesweite Alphabetisierungsquote, über 70 %, hat sich laut Ministerium verbessert.

### Beobachtungen und Kommentare<sup>10, 14</sup>

Trotz anerkennenswerter Bemühungen der Regierung Ravalomanana, u.a. durch den Bau von Schulen, die offizielle Abschaffung der Schulgebühren, Bereitstellung einer Erstausrüstung, ist die regierungsamtliche Aussage einer 96 %-igen Einschulungsquote schwer nachzuvollziehen. Nach Aussagen der Gesprächspartner und vorliegenden regionalen Erhebungen dürfte die reale Einschulungsquote landesweit zwischen 50 % und 70 % liegen. In einem städtischen Armutsviertel der Hauptstadt liegt die Einschulungsquote bei 25 %, in ländlichen Regionen bei 30 %. Es kann also davon ausgegangen werden, dass derzeit durchschnittlich nur um die 65 % der madagassischen Kinder ihr Recht auf Grundbildung wahrnehmen können. Damit ist für mindestens ein Drittel von ihnen eine würdevolle menschliche Entfaltung in Frage gestellt.

Es fehlen Schulgebäude und Lehrer: „*Wenn es eine Schule gibt, gibt es keine Lehrer, wenn es Lehrer gibt, gibt es keine Schule!*“ Ausgeprägte Armut (Stadt und Land). Die entgegen der Regierungsbeschlüsse effektiv erhobenen Schulgebühren und die Entfernung der Schulen vom Wohnort verhindern die Einschulung. Wenn die Geburtsurkunde fehlt, ist eine Einschulung unmöglich. Schulen, vor allem auf dem Land, funktionieren nur zeitweilig: Lehrer fehlen die Hälfte der Zeit, um ihr Gehalt in den Zentren abzuholen. Unterernährung führt zu schwacher Lernfähigkeit der Kinder. Im staatlichen Schulbereich ist Schulaufsicht kaum vorhanden. Das Bildungsniveau der Schüler sinkt ständig.

### Gründe für die Bildungsmisere<sup>14</sup>

Sowohl im ländlichen Bereich als auch in städtischen Armutsschichten ist Kinderarbeit eine der Hauptursachen für Nichteinschulung bzw. den Schulabbruch. Mentalität: „Kinderarbeit ist besser als Verhungern. Es existiert generell eine „*Carence Educative*“ wegen der Auflösung vieler Familien. Die Erziehung vermittelt keine Werte, Familien sind nicht einbezogen. Bei jedem Regierungswechsel gibt es eine neue Schulpolitik, das verhindert jegliche Nachhaltigkeit. Hinzu kommt eine weitgehend mangelhafte Qualifizierung und Motivation der Lehrkräfte und damit schlechte Lehrqualität.

Lehrerbildungsstätten (Ecole Normale) wurden abgeschafft. Nichteinschulung hat mit der Feststellung zu tun, dass Schulbildung der Jugendlichen „nichts bringt“, weder Brot noch Arbeit. Eltern ohne Schulbildung schicken auch ihre Kinder nicht in die Schule.

### Wege aus der Misere<sup>10, 14</sup>

Aufstockung des Bildungsbudgets. Die Zuteilung von 4 % des BIP für das Bildungswesen zeigt einen niedrigen politischen Stellenwert. Eine flächen-

deckende Sensibilisierung der Eltern muss erfolgen. Statt mit jeder neuen Regierung eine neue Bildungspolitik aufzulegen, muss wieder eine angemessene Lehrerbildung stattfinden, Dezentralisierung der Lehrerbegleitung und -besoldung, mehr Schulen werden benötigt.

Um einen wirklichen Einfluss auf die staatliche Schulpolitik zu haben, müssten sich die privaten/kirchlichen Schulen in einem Interessenverband (Zivilgesellschaft) zusammenschließen. Doch institutionelles Eigeninteresse verhindert dies.

#### 2.2.4 Zugang zu Gesundheitsversorgung

*„Jeder Mensch hat Anspruch auf eine Lebenshaltung, die seine und seiner Familie Gesundheit und Wohlbefinden, einschließlich ... ärztlicher Betreuung ... gewährleistet.“* Art. 25<sup>16</sup>

##### Fakten und Daten<sup>8, 9, 10</sup>

Bei der Geburt haben Madagassen eine durchschnittliche **Lebenserwartung** von 57 Jahren für Männer, 61 Jahren für Frauen.<sup>13</sup> Im städtischen Bereich haben 48 % der Bevölkerung Zugang zu **Gesundheitsdiensten**, auf dem Land sind es nur 35 %. Zugang zu **sauberem Wasser** haben landesweit nur vier von zehn Personen, auch hier existiert das Gefälle: Stadt: 77 % – Land: 35 % der Bevölkerung. Laut Angaben des Wasserministeriums haben insgesamt 12 Millionen Madagassen keinen Zugang zu sauberem Wasser und 14 Millionen verfügen über keine Latrinen.

In der **ärztlichen Versorgung** liegen die regionalen Unterschiede zwischen dem insgesamt untypischen, aber doch existenten Extremwert, dass in der Region Boina ein Arzt auf 128.000 Menschen kommt, während in Tana ein Arzt 8.900 Menschen versorgt. Durchschnittlich liegen die Werte ansonsten bei einem Arzt auf 25.000. Obwohl u.a. durch die anerkanntswerte Ausweitung der unentgeltlichen Vorsorge-Impfprogramme die **Kindersterblichkeit** abgenommen hat, sind die madagassischen Kinder nach wie vor hohen Risiken ausgesetzt. Derzeit sterben rund 30 von 1.000 Kindern bei und nach der Geburt, 94 von 1.000 bis zum Alter von fünf Jahren. Gründe hierfür sind Armut, zu wenig Zugang zu qualitativ guten Gesundheitsdiensten (nur 51 % der Entbindungen geschehen unter deren Beobachtung/Betreuung), mangelnde Eltern/Kind-Erziehung.

Die **Müttersterblichkeit** ist hoch. Jeden Tag sterben in Madagaskar mindestens acht Frauen bei der Entbindung (469 auf 100.000 Lebendgeburten). **HIV/Aids** ist in Madagaskar zu einem größeren Problem geworden. Obwohl bislang „nur“ 0,5 % der Bevölkerung davon betroffen sind (bei Risikogruppen wie Prostituierten sind es 1,36 %), ist aufgrund der weiten Verbreitung sexuell übertragbarer Infektionen, dem allgemeinen sexuellen Risikoverhalten die Gefahr der Ausbreitung groß.

Die Häufigkeitsrate von **Malaria** scheint aufgrund der Aufklärungs-Programme (u.a. Verbreitung von Moskitonetzen) zu sinken. **Tuberkulose** ist nach wie vor ein großes Problem, Tendenz steigend (97/1000), während **Lepra** mehr und mehr verschwindet.

Das Gesundheitsbudget entspricht z.Zt. 1,5 % des BIP, 5,7 % des Gesamtbudgets.

Fazit: In Madagaskar ist für einen hohen Bevölkerungsanteil das Grundrecht auf Gesundheitsvorsorge und -versorgung nicht gewährleistet.

#### Beobachtungen und Kommentare<sup>14</sup>

Vor allem auf dem Land sind Gesundheitsdienste für sehr viele weder zugänglich noch erschwinglich. Arme werden schlechter behandelt. Überwiegend im ländlichen Bereich, aber auch in städtischen Gesundheitseinrichtungen mangelt es an Personal, Ausstattung und Basismedikamenten, im ländlichen Bereich sehr oft auch an sauberem Wasser und Elektrizität. Es existiert ein Vertrauensdefizit bei der Bevölkerung gegenüber Gesundheitsdiensten. Die früher grassierende Korruption – alles und jeder musste eigens bezahlt werden – ist zurückgegangen, existiert aber noch. Die Nutzung traditioneller Heilmethoden, sowohl guter wie der von Scharlatanen, ist weit verbreitet. Es besteht ein genereller Mangel an Gesundheitserziehung und -aufklärung mit der Folge, dass traditionelle Verhaltensmuster und Mentalität eine nachhaltige Gesundheitsentwicklung stark behindern.

#### Gründe für die prekäre Gesundheitssituation<sup>14</sup>

Allgemeine Armut. Keine flächendeckende Präsenz von Gesundheitsdiensten vor allem im ländlichen Raum. Schlechte Verwaltung von Diensten, häufige Abwesenheit des Personals. Das Gehalt wird auch bei Abwesenheit weitergezahlt. Fehlen von Gesundheitserziehung: *„Gesundheit ist nicht die Priorität der Madagassen“*. Sowohl das nationale als auch örtliche Gesundheitsbudgets sind zu niedrig. Im staatlichen Krankenhaus Antsirana erlaubt es das Betriebsbudget z. B. nicht, dringende Reparaturen durchzuführen oder notwendiges Gerät zu erneuern. Alles wird zentral vom Ministerium entschieden, keine Eigenverantwortlichkeit auf Krankenhaus- oder Regionalebene.

#### Wege zu einer besseren Gesundheitsversorgung<sup>14</sup>

Es existiert eine nationale Gesundheitspolitik. Schwangere Frauen werden unentgeltlich behandelt; das gilt auch für bestimmte chirurgische Eingriffe. Örtlich existieren Krankenkassen, *„Mutuelles“*, (in Anosibe/Tana: Monatsbeitrag 10.000 Ariary/2 €) und Ausgleichfonds für Arme. Um Korruption in Krankenhäusern

zu mindern, werden die Verwaltung von Medikamenten und die Ambulanz durch externe, unabhängige „Associations“ (Krankenhaus Antsiranana) wahrgenommen.

Schaffung und Besetzung neuer Infrastrukturen. Angemessene Bezahlung und Aufsicht des Personals auf allen Ebenen, u.a. durch die Aufstockung der Gesundheitsbudgets. Mehr Deontologie in der Ausbildung des Gesundheitspersonals. Kein Gesundheitsdienst ohne Gesundheitsförder-Programm / Gesundheits-erziehungs-Programm, vor allem für Frauen und Kinder. Gesundheitserziehung in Schulen und Alphabetisierungs-Programmen. Verbesserung traditioneller Heilmethoden. Verbreitung und Förderung örtlicher Krankenkassen.

### 2.2.5 Zugang zu Arbeit und sozialer Sicherheit

*„Jeder Mensch hat das Recht auf Arbeit, auf freie Berufswahl, auf angemessene und befriedigende Arbeitsbedingungen sowie auf Schutz vor Arbeitslosigkeit ... Jeder Mensch, der arbeitet, hat das Recht auf angemessene und befriedigende Entlohnung, die ihm und seiner Familie eine der menschlichen Würde entsprechende Existenz sichert ...“*  
Art. 23

*„Jeder Mensch hat als Mitglied der Gesellschaft das Recht auf soziale Sicherheit ...“*  
Art. 22<sup>16</sup>

#### Fakten und Daten<sup>10</sup>

Der **Arbeitsmarkt** ist sehr ungleich strukturiert: 80 % der Beschäftigten arbeiten in der Landwirtschaft, 12,5 % der Beschäftigten arbeiten in formalen privaten und öffentlichen Produktions- und Dienstleistungssektoren, und 7,5 % sind im informellen Beschäftigungssektor tätig. Laut Bericht zu den Millenniumszielen lag die Arbeitslosigkeit landesweit bei nur 2,9 % (2006), vor allem unter jungen Erwachsenen im städtischen Bereich. 45 % der im Landwirtschaftssektor Beschäftigten sind unterbeschäftigt. Für Beschäftigte im Privatsektor und im öffentlichen Dienst, insgesamt 20 %, ist die nationale **Vorsorgekasse** CNAPS („Caisse Nationale de Prévoyance Sociale“) gleichzeitig Familienkasse (Mutterschaftsgeld, Finanzierung der Entbindung, Kindergeld), Kasse für Arbeitsunfälle und Berufskrankheiten sowie Rentenkasse. Nach eigenen Angaben versichert CNAPS 504.000 aktiv Beschäftigte und 24.000 Arbeitgeber, zahlt Kindergeld für 195.000 Kinder an 90.000 Eltern und bezahlt Renten an 53.000 Rentner.

#### Beobachtungen und Kommentare<sup>14</sup>

Wie bei den Statistiken zur Einschulung, sind auch die offiziellen statistischen Daten zur Arbeit schwer nachvollziehbar. Laut der jüngsten Erhebung in einem

ärmeren Viertel der Hauptstadt haben dort maximal 15 % der Bevölkerung im Beschäftigungsalter regelmäßige und **formelle Arbeit**, etwa 10 % sind Handwerker und Landwirte, der Rest überlebt mit informellen Tätigkeiten, vor allem Straßenhandel. Die offizielle **Beschäftigungsstatistik** belegt für dieses Viertel 5,05 % Arbeitslosigkeit, weist aber gleichzeitig knapp 70 % als „Händler“, d.h. Beschäftigte aus, auch wenn der größte Teil dieser Händler informell irgendetwas verkauft, um zu überleben. Auf Landesebene sind 70 %, in der Hauptstadt sogar 90 % der als „in Arbeit befindlichen“ Beschäftigten im informellen Sektor tätig. Dazu kommt, dass im ländlichen Sektor 88 % der „Beschäftigten“ keinen Lohn erhalten. Vor diesem Hintergrund ist eine **Arbeitslosenstatistik**, die landesweit von 2,2 % Arbeitslosigkeit spricht, mehr als fragwürdig.

Die Zahlen der CNAPS für **Sozialversicherte** bestätigen die Aussagen meiner Gesprächspartner, dass nur eine verschwindende Minderheit der Bevölkerung Zugang zu einer sozialen Absicherung bei Krankheit, Alter und sonstigen sozialen Bedarfssituationen hat. Dazu kommt die Tatsache, dass selbst die wenigen Versicherten Mühe haben, an die Versicherungsleistungen zu kommen. Ein ehemaliger Staatsbeamter hat noch vier Jahre nach Renteneintritt darum kämpfen müssen, seine magere **Rente** zu bekommen. Und wie „Madagascar Midi“ schreibt, sterben viele Rentner, bevor sie in den Genuss ihrer Rente gekommen sind.<sup>17</sup> Hinzu kommt nachweislich Korruption im Management der CNAPS.<sup>18</sup>

**Arbeit** ist ein Luxusartikel und wenn man sie hat, ist man ihrer nicht sicher. Klein- bzw. Straßenhandel ist keine wirkliche Beschäftigung, die Einkommen erzeugt. Der informelle Arbeitsmarkt schafft Einkommen zum Überleben, aber nicht zum Leben. Ein Beispiel dafür sind die Frauen, die in brütender Hitze in Antsiranana Steine für Beton kleinbauen. Dazu kommt, dass man bei dieser Arbeit mit spätestens 45 Jahren nicht nur körperlich am Ende ist. Eine Gesprächspartnerin in Tana meinte: *„Wir Madagassen leben nicht, wir überleben.“* Frauen im Haushalt („femmes ménagères“) werden meist ausgebeutet und sind nicht sozial versichert. Landflucht verstärkt das Arbeitslosenheer in den Städten. Die politische Krise bedroht bis zu 100.000 Arbeitsplätze in der „Zône Franche“. In Antsiranana bewirkt fehlender Tourismus Arbeits- und Einkommensverlust. Der Mindestlohn reicht nicht zum Leben. Landesweit ist Arbeit ungleichmäßig verteilt: Betriebe der „Zone Franche“ sind überwiegend um die Hauptstadt angesiedelt, die Provinz ist vernachlässigt. Soziale Sicherung existiert auf dem Papier (Gesetz), wird aber nur sehr begrenzt praktiziert. Viele Beschäftigte sind nicht angemeldet und dazu schlecht bezahlt. Sie arbeiten trotzdem, um wenigstens das an Einkommen zu haben, was sie bekommen.

### Gründe für Arbeitslosigkeit und soziale Unsicherheit<sup>14</sup>

Es gibt keine konsequente Beschäftigungspolitik. Es gibt ein Arbeitsrecht, das aber zu lasch und ineffizient ist und dazu kaum bzw. nur sehr begrenzt angewandt wird. Schlechte Ausbildung befähigt nicht für Arbeit. Mangel an Professionalität auch im ländlichen Raum. Empfänger von Unterstützung durch Verwandte aus Europa bemühen sich nicht um Arbeit. Lethargie durch Drogenkonsum. Wenig Unternehmergeist. Man erwartet alles vom Staat. Durch hohe Besteuerung und Nebenkosten (z. B. für Strom) wird die Schaffung von kleinen und mittleren Betrieben verhindert. Es gibt keine soziale Absicherung bei vielen Arbeitgebern. Eine effektive Kontrolle der Sozialversicherung findet nicht statt: Arbeitsinspektoren sind korrupt und lassen sich kaufen.

### Wege zu Arbeit und sozialer Sicherheit<sup>14</sup>

Die erklärte Regierungspolicy „*hohe Intensität von Arbeitskräften*“ in öffentlichen Investitions-Programmen müsste konsequent in die Praxis umgesetzt werden. Neue Arbeitsfelder sind zu erschließen, z. B. Tourismus in Antsiranana. Arbeitsgesetzgebung ist zu verbessern und Arbeitsrecht an Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu vermitteln, die Gewerkschaftsbewegung muss gestärkt werden.

Die erste „soziale Sicherheit“ wären Arbeit und Einkommen, die Leben ermöglichen. Herausforderung für die Politik ist der Aufbau eines umfassenden sozialen Sicherheitsnetzes, auch für den ländlichen Bereich. Bis dahin müssten örtliche Solidaraktionen durchgeführt werden. Örtliche Krankenkassen sind zu fördern. CNAPS muss effektiv dezentralisiert werden und Korruption bei CNAPS ist aufzudecken, Schuldige sind zu bestrafen und effektive Kontrollen zu installieren: Ein Fall für BIANCO.

## 3. Gründe und Hintergründe der Menschenrechtssituation in Madagaskar

Politiker jeder Couleur und jeder bisherigen Regierung Madagaskars haben das hohe Lied der großen „*potentialités*“, der wirtschaftlichen und menschlichen Möglichkeiten des Landes gesungen. Sie haben Recht. Die Möglichkeiten sind vorhanden.

### 3.1 Von Menschen gemachte Armut in einem reichen Land

Da sind zum einen die Ressourcen an landwirtschaftlichem Nutzland in sehr unterschiedlichen Klimata und mit einer großen Vielfalt an Produktionsmöglichkeiten sowie die Fischerei-Ressourcen. Diese erlauben nicht nur eine ausreichende und angemessene Ernährung der Bevölkerung, sie ermöglichen auch eine Einkommen schaffende Markt- und Exportproduktion. Das setzt allerdings voraus, dass künftige Regierungen endlich klare Prioritäten in ihrer Entwicklungspolitik setzen und dabei dem Schutz der natürlichen Ressourcen des Landes sowie einer umfassenden ländlichen Entwicklung mit all ihren Komponenten, darunter einer nachhaltigen Landbewirtschaftung, einen hohen Stellenwert einräumen und effektive Umsetzungsmechanismen entwickeln. Das nachweisliche Fehlen des politischen Willens zur Entwicklung und Umsetzung eines realistischen, Sektoren übergreifenden und nachhaltigen wirtschaftlichen und sozialen Entwicklungsplans ist eine der maßgeblichen Ursachen dafür, dass derzeit für so viele Madagassen ein Leben in Würde unerreichbar ist. Analog gilt dies auch für die Nutzung der reichen Bodenschätze wie Chrom, Graphit, Glimmer, Edel- und Halbedelsteine - und jetzt endlich auch Erdöl.

### 3.2 Die politische Entwicklung – eine Spirale nach unten

Die ökologisch verträgliche Förderung dieser reichen „*potentialités*“ und eine wirtschaftliche Nutzung, die dem öffentlichen Haushalt zugute kommt, statt wie bisher in örtliche und internationale private Taschen zu fließen, wäre die andere wichtige Säule einer längerfristig gesunden lokalen Wirtschaft, die eine ausgewogenere menschliche Entwicklung auf der „*Großen Insel*“ ermöglichen

könnte.<sup>19</sup> Dazu aber bedürfte es einer grundlegend anderen Politik als die der bislang aufeinander folgenden Regierungen. Das Politdrama in mehreren Akten, das sich seit der Unabhängigkeit des Landes mit Wiederholungseffekten abspielt hat, ist von drei wichtigen Komponenten geprägt.

### 3.2.1 Grund 1: Die politische Klasse

Eine erste Komponente ist die „politische Klasse“ des Landes. Die beiden Treffen in Maputo vom August 2009 waren ein ideale Schaubühne der Vertreter dieser Klasse quer durch die verschiedenen politischen Richtungen, die „Mouvances“. Die Vermittlergruppe der AU hatte ja nicht nur die vier großen Kontrahenten, Didier Ratsiraka, Albert Zafy, Marc Ravalomanana und Andry Rajoelina geladen. Von denen zumindest die drei erstgenannten schon für sich allein ein repräsentatives Kaleidoskop der „politischen Klasse“ abgeben. Sie sind ihrem Ruf treu geblieben: *„Diese Politiker sind durchaus fähig, sich zu versöhnen, vorausgesetzt man rührt nicht an ihrem neuen Stück des Kuchens, sei es man lässt ihnen ihren Anteil oder man vergrößert ihn.“*<sup>20</sup>

Da waren aber auch ihre Gefolgsleute, von denen „Midi Madagasikara“ treffend sagt: *„Die Zusammensetzung der verschiedenen ‚Mouvances‘ in Maputo offenbart eine Spezialität der madagassischen politischen Klasse, nämlich ihre unbegrenzte Fähigkeit, ihr Mäntelchen nach dem Wind zu hängen.“* Sie sind sozusagen professionelle Wendehälse, *„viele davon Wiederholungstäter, die 1991 von Ratsiraka zu Zafy, 1996 von Zafy zu Ravalomanana und 2002 von Zafy und Ratsiraka zu Ravalomanana gewechselt haben.“*<sup>21</sup> Beispielhaft für viele andere benennt die Zeitung zehn Vertreter dieser Kategorie. Wie soll so seriöser politische Wandel stattfinden?

Und die Bevölkerung, das von den Politikern ständig strapazierte „Volk“? *„Es bleibt ein permanentes Alibi ... in Wirklichkeit ist es der bevorzugte Spielplatz der Politiker, auf dem sie spielen und sich für ihre Machtgerangel vorbereiten.“*<sup>21</sup> Ihren Bericht über eine Fernsehdebatte von Vertretern aller vier „Mouvances“ am 12. August 2009 überschreibt die Tageszeitung „La Vérité“ mit *„Ein kafkaeskes Schauspiel“* und sie kommentiert: *„Der allgemeine Eindruck ist ein wirklicher Ekel vor der Politik ... Leute mit einer bekannten, mehr als unrühmlichen Vergangenheit biedernd sich an als künftiger Vize-Präsident oder Minister ... Diese Politiker, die der Bevölkerung ständig Lektionen erteilen über einen notwendigen Mentalitätswandel, denken nicht daran, ihre eigene Mentalität zu ändern, nämlich die Gier nach Geld, Macht, Ehrenposten und Vorteilen.“*<sup>22</sup>

Dass mit einer solchen „politischen Klasse“ die politische Entwicklung eine unendliche Spirale nach unten ist, ist nicht verwunderlich. Der Rahmen dieser Schrift erlaubt keine Analyse, welche gesellschaftlichen Gruppen hinter den

diversen Regierungen standen und von jeder Regierung profitiert haben. Es bleiben die Fragen: „Warum ist die ‚politische Klasse‘ so wie ist, und wo waren und sind die anderen, positiven politischen Kräfte und Persönlichkeiten, die die Fahrt in den Abgrund hätten verhindern können und die künftig den verfahrenen Karren aus dem Dreck ziehen könnten?“

### 3.2.2 Grund 2: Das fehlende politische Bewusstsein

Politik und Politiker konnten tun, was sie getan haben, weil in der bisherigen gesellschaftlichen Entwicklung Madagaskars *„das Volk“*, wenn überhaupt, nur ansatzweise wirkliches politisches Bewusstsein entwickelt hat. Politiker haben *„das Volk“* mehr oder weniger bewusst in dieser politischen Unmündigkeit gehalten, wodurch es letztendlich nur ein *„Instrument der perversen Spiele der Politiker ist, die das Volk skrupellos manipulieren, um es zu infantilisieren und zu verblöden.“*<sup>20</sup> Das konnte und kann geschehen, weil die seit Ende der 70er Jahre ständig wachsende Armut, der damit einhergehende Zerfall herkömmlicher Solidaritätsstrukturen und letztendlich sehr individualistische Überlebensstrategien, aber auch das Gefühl, von den Politikern vergessen worden zu sein, politisches Denken und Mobilisierung untergraben haben. Der frühere Erzbischof und Kardinal von Antananarivo, Victor Razafimahatratra, sagte das so: *„Unsre derzeitigen Probleme kommen wahrscheinlich weniger von den politischen Strukturen als vielmehr von persönlichen und kollektiven Verhaltensweisen gegenüber Macht, Geld und Verantwortung ... Die Bevölkerung hat das Gefühl, dass man sie aufgegeben hat und verliert jegliche moralische Orientierungspunkte ... Das Wort gilt nichts mehr, die Angst lähmt alle und Neid und Eifersucht verhindern die Profilierung örtlicher Führungskräfte ...“*<sup>23</sup> Dazu kommt das demotivierende Beispiel der „politischen Klasse“, das nicht zu politischem Engagement motiviert.

Ein weiterer Hemmschuh für die Entwicklung eines politischen Bewusstseins ist die Mentalität der Madagassen, die nach wie vor von herkömmlichen Denk- und Verhaltensmustern geprägt ist. Dazu gehört u.a. das Verständnis von Autorität in der Familie, in örtlichen Gesellschaftsstrukturen und letztendlich auch auf nationaler Ebene als *„raya-man-dreny“*, als *„Vater und Mutter“*. Der so verstandenen Autorität schuldet man Gehorsam, man kann sie nicht in Frage stellen und erwartet viel, wenn nicht alles von ihr. Seit der ominösen *„Malgachisierung“* der Politik werden traditionelle madagassische „Tugenden“ wie die mehr oder weniger kritiklose Achtung der Autorität, systematisch propagiert. *„Staatsdienst“* ist in diesem Kontext zunächst eine Machtposition von der höchsten bis zur lokalen Beamtenebene. Das fördert weder die Einsicht, dass Politik nachvollziehbar und unter aktivem Einbezug der Bevölkerung vermittelt und gerechtfertigt

werden muss, noch fördert es die Entwicklung eines selbstbewussten kritischen Bewusstseins gegenüber den Regierenden. Dieser Feststellung entspricht auch die Erfahrung, dass kirchliche und sonstige NRO-Bildungs- und Entwicklungsprogramme in Madagaskar ganz lange von einer wenig partizipativen Frontalvermittlung (*Vulgarisation*) von Inhalten und Techniken geprägt war und nur langsam die Einsicht gewachsen ist, „*dass man den Menschen nicht entwickeln kann, weil der Mensch sich nur selbst entwickeln kann*“ (Julius Nyerere). Nachhaltige menschliche Entwicklung kann also nur mit der aktiven Beteiligung der Betroffenen verwirklicht werden.

Die systematische Ideologisierung und Politisierung eines anderen Herzstücks madagassischen Denkens und Fühlens, „*fihavanana*“, Ausdruck der herkömmlichen Familien- und Gruppensolidarität, das traditionelle soziale Netz aller, die zur gleichen Gruppe gehören, ist ein weiterer Hemmfaktor für die Entwicklung einer politischen Kultur. Jenseits der propagandistischen Nutzung dieses Begriffs zur Beschwörung der „*Einheit der madagassischen Nation*“, auch in der Kirche übrigens, beinhaltet dieser Begriff eine andere Komponente, die für die Entwicklung einer für politisches Bewusstsein unabdingbaren Kritik- und Konfliktkultur hinderlich ist. Im Rahmen der Großfamilie und der Zugehörigkeitsgruppe erlaubt „*fihavanana*“ keine offene Ansprache von Problemen, die ein Gruppenmitglied betreffen. Es entzieht damit jeder Problem- oder Konfliktbewältigung den Boden. Wobei auch gesagt werden muss, dass die traditionelle Gesellschaft andere Mechanismen zur Konfliktlösung kannte. Für die „politische Klasse“ ist die schamlose Nutzung dieses sinnentleerten, aber emotional besetzten Begriffes eine weitere Taktik, kritisches Denken und den Aufbau einer friedlichen Konfliktkultur zu unterlaufen.

Auch die zaghafte und immer noch völlig unzulängliche Entwicklung einer selbstbewussten „*Zivilgesellschaft*“, dem in Solidarität verankerten gesellschaftlichen Ergänzungs- und Gegenstück politischer Macht, hat ihre Ursache u.a. im fehlenden politischen Bewusstsein bei der Bevölkerung, aber auch bei der Mehrheit der Verantwortlichen kirchlicher und sonstiger Sozial- und Entwicklungsprogramme.

### 3.2.3 Grund 3: Die Kulturfalle

Der Hinweis auf die „*Mentalität*“, das ererbte oder erworbene geistig-emotionale Strickmuster jedes Menschen, führt bereits zur dritten ursächlichen Komponente für die problematischen Entwicklungen in Madagaskar. Es sind kulturelle Faktoren, die die Entwicklung behindern.<sup>24</sup> Die kirchliche Sozialethik sagt: „*Kultur hat einen berechtigten Anspruch auf Anerkennung, [wie der menschlichen Person] eignet*

*ihre gewisse Unverletzlichkeit, freilich unter Wahrung der Rechte der Person und der Gemeinschaft, von der einzelnen bis zur universalen, und innerhalb der Grenzen des Gemeinwohls.*“<sup>25</sup> Das gilt für die madagassischen Kulturen wie für alle Kulturen. Kultur als Ausdruck der aus den eigenen Wurzeln geschöpften Identität, die ein gesundes Selbstwertgefühl ermöglicht, ist ureigenes Recht jedes Menschen. Das bedeutet für Madagaskar, dass der unselige politisch begründete *Mythos der einen madagassischen Kultur* enden muss. Selbst die madagassische Sprache hat recht unterschiedliche Ausprägungen in den verschiedenen Ethnien, ist aber durchaus ein einigendes Band für alle. Der Mythos der *einen* madagassischen Kultur ist letztendlich Ausdruck eines versteckten Rassismus, der durch die Nichtanerkennung der kulturellen Vielfalt die tatsächliche Vorherrschaft einer Kultur bedeutet. Die bereits erwähnte politische Vereinnahmung und Ideologisierung zentraler kultureller Begriffe und Werte, entwurzelt eben jene Werte aus ihrem realen Umfeld und macht sie damit zu völlig inhaltlosen Worthülsen, die allerdings auf die emotionale und idealistische Zustimmung vieler Madagassen zählen kann und daher, auch in der Kirche, weiterhin in politische Münze umgesetzt wird.

Mit der politischen und ideologischen Vereinnahmung zentraler Werte ging, vor allem seit 1972, auch eine gewisse insulare Verabsolutierung der madagassischen Kultur einher und ließ einen kulturellen Integritismus entstehen, der sich unter Hinweis auf die sich selbst genügende madagassische Kultur gegenüber von außen kommenden Ideen verschließt und gleichzeitig dem Nichtmadagassen den möglichen Zugang zum Verständnis der Madagassen abspricht: „*Das verstehen sie nicht, sie sind nicht Madagasse.*“ Ich habe in konkreten Fällen schmerzlich erfahren, wie wichtige entwicklungspolitische Denkanstöße und praktische Impulse von außen, z. B. aus Afrika, kategorisch als unnötig abgeblockt wurden: „*Wir haben all das in unserer Kultur*“. Die im Kapitel „Einführung“ erwähnte Aussage des Armee-Kommandanten zum Thema Menschenrechte in Madagaskar („*Wir brauchen keine Belehrungen von Amnesty International. Kein Mensch respektiert die Menschenrechte mehr als die Madagassen.*“) ist nur auf diesem Hintergrund zu verstehen. In den letzten Jahren habe ich aber auch bei vielen madagassischen Gesprächspartnern und Programmverantwortlichen eine zunehmende Offenheit für Ideen und Erfahrungen aus Afrika und Europa festgestellt.

Denn jede Kultur muss sich weiter entwickeln, auch die madagassischen Kulturen. Aus christlicher Sicht sagt die erste Afrika-Synode das so: „*Jede Kultur muss von den Werten des Evangeliums im Lichte des Ostergeheimnisses umgewandelt werden*“ und „*mit dem Blick auf das Geheimnis der Menschwerdung und der Erlösung muss man zwischen den Werten und den Unwerten der Kulturen unterscheiden*“.<sup>27</sup> Der ständige Hinweis der madagassischen Gesprächspartner auf die örtliche „*Mentalität*“ als Hemmschuh für Entwicklung und die Umsetzung von Men-

schenrechten, die erwähnten „Bräuche“, wie das Aussetzen von Zwillingen oder auch die landläufige Benachteiligung der Frau, sollten Anlass genug sein, kulturelle Werte von Unwerten zu unterscheiden, die Begrenztheit der eigenen Kultur wahrzunehmen und sich zu öffnen für einen bereichernden Austausch mit anderen Kulturen und Erfahrungen. Denn, wie der Philosophie-Professor Pater Christian Alexandre sagt: *„Der Madagasse ist keine Insel.“*<sup>24</sup>

Letztendlich gilt es aber, die authentischen sozialen Werte der madagassischen Kulturen, wie *„fihavanana“*, neu zu entdecken, sie vom ideologischen Leerlauf zu befreien und ihnen im Lichte der evangelischen Werte und einer allumfassenden Solidarität eine neue und weitere Bedeutung und Lebenskraft zu geben. Hierfür ein von Sylvain Urfer zitiertes Beispiel eines madagassischen Sprichwortes, das sehr anschaulich die Generationen übergreifende Gruppen-solidarität, also *fihavanana*, begründet: „Die Menschen sind wie ein Bananenbaum; die jungen Blätter, die sich wie eine Spirale rollen, sind der Bananenbaum; die Früchte, die zum Himmel zeigen, sind der Bananenbaum; die trockene Rinde, die sich vom Baum ablöst, ist der Bananenbaum; das Bananenbüschel, das vom Baum hängt, ist der Bananenbaum.“<sup>26</sup>

## 4. Madagaskar wohin? – Zukunftsperspektiven

Doch es gibt auch ein Madagaskar, das lebt und das trotz Armut seine Würde bewahrt hat. Auch wenn die frühere Bezeichnung Madagaskars als *„glückliche Insel“* so nicht mehr zutrifft, ist sie trotz aller Probleme keine *„Insel der Verdammten“*. Seit meinem letzten Madagaskar-Aufenthalt vor zwei Jahren hat sich einiges positiv verändert. Straßen sind gebaut worden. Man kann heute von Antsiranana im Norden der Insel bis nach Tulear im äußersten Südwesten auf gut geteerten Straßen fahren. Neue Geschäfte und Kaufhäuser, adrette Hotels, Restaurants und Imbissstuben sind entstanden. Mobiltelefone sind allgegenwärtig und an jeder Straßenecke kann man Kreditkarten für sein Handy kaufen. Die meist bis zum letzten Platz überwiegend von Madagassen ausgebuchten Europaflüge und die erstaunliche Zahl von dicken Geländewagen auf den Strassen belegen den relativen Wohlstand einer existenten, wenn auch kleinen Mittel- und Oberschicht und sind ein Zeichen für Wirtschaftskraft.

In den vergangenen Jahren sind landesweit auch neue Schulen und Gesundheitsdienste entstanden, Impfprogramme für Kinder in Kommunen werden – regional unterschiedlich – durchgeführt. Viele private und öffentliche Dienstleistungen funktionieren auch jetzt mitten in der „Krise“ und belegen die Existenz und Vitalität einer vorhandenen sozialen und wirtschaftlichen Infrastruktur. Wie die zitierten Artikel aus lokalen Zeitungen belegen, besteht weitgehende Meinungs- und Medienfreiheit, die eine kritische Begleitung und Beobachtung der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Entwicklungen ermöglicht. Auch die noch recht zarte Pflanze der madagassischen Zivilgesellschaft lebt und entwickelt sich. Die regelmäßigen Kommuniqués der *„Organisation zur Beobachtung des öffentlichen Lebens“*, SeFaFi, zeugen von politischer Reife und dem Willen, zu positiven Veränderungen in Staat und Gesellschaft beizutragen.

Wichtiger Teil der madagassischen Wirklichkeit ist auch die erstaunliche Überlebenskraft und die Anpassungsfähigkeit der Madagassen, die es dem Großteil der Bevölkerung trotz Krisen, Korruption und Kumpanei der Mächtigen erlaubt, zumindest teilweise in Würde zu überleben und auch Lebenslust und Lebensfreude zu bewahren. Und das hat mit der Kraft gesunder Lebens- und Gemeinschaftskultur zu tun, die trotz sozialer und gesellschaftlicher Umbrüche lebt.

Schließlich haben es die Madagassen auch geschafft, die regelmäßig wiederkehrenden politischen Wirren und Umwälzungen ohne massive Gewalt zu überstehen, was aber keine Garantie für eine dauerhafte Gewaltfreiheit bedeutet.

Es ist wichtig, sich dieser vorhandenen positiven und hoffnungsvollen Aspekte in der madagassischen Wirklichkeit bewusst zu sein, um ein einseitiges Klischee von Menschen und Land zu vermeiden.

Madagaskar hat keinen leichten Weg vor sich. Es muss möglichst schnell aus der politischen Krise zur Normalität einer von der Mehrheit der Bevölkerung getragenen Regierung und öffentlichen Verwaltung zurück. Nur so können Strategien für eine neue und nachhaltige Entwicklung und damit für den schwierigen Weg aus der Armut entwickelt und umgesetzt werden. Es ist zu hoffen, dass die internationale Gemeinschaft, die in der derzeitigen Umbruchsituation eine eher fragwürdige Rolle spielt, dann auch wieder zu einer fairen Zusammenarbeit bereit ist. Die Einladung an Andry Rajoelina zur Teilnahme an der Vollversammlung der Vereinten Nationen mit dem anschließenden Redeverbote war kein gutes Beispiel dafür.

Der Weg aus der Armut wird nicht die zu Beginn der Regierung Ravalomananas propagierte „schnelle Entwicklung“ („*développement rapide*“) sein. Dazu liegen nach so vielen Jahren der Misswirtschaft zu viele Dinge im Argen. Es bleibt zu hoffen, dass die neuen politisch Verantwortlichen ihren Weg mit der Bevölkerung gehen und mit all den wirklich lebendigen Kräften, über die das Land tatsächlich verfügt. Damit die Kirche Teil dieser „lebendigen Kräfte“ sein kann, muss auch sie bereit sein, gewohnte Denk- und Handlungsweisen zu hinterfragen und mit ihrem „Volk“ neue Wege zu suchen und zu gehen, um besser „Licht“ und „Sauerkeit“ in der madagassischen Gesellschaft zu sein. Als wichtige Eckpunkte für den „Weg nach vorne“ sollen hier drei Handlungsbereiche angesprochen werden, die vielen meiner madagassischen Gesprächspartner am Herzen liegen.

#### 4.1 Eine Kultur der Beteiligung entwickeln

Nachdem das viel strapazierte „Volk“ nun sehr lange „*der bevorzugte Spielplatz der Politiker war, auf dem sie spielen und sich für ihre Machtgerangel vorbereiten*“<sup>20</sup>, ist es höchste Zeit, dem madagassischen Volk seine Rolle als „Souverän“ zurück zu geben. Ein erster Schritt dazu wären freie und faire Wahlen zum Parlament und bei der Wahl des neuen Präsidenten. Die von der Übergangsregierung in allen Regionen durchgeführten regionalen Konferenzen zur Zukunft des Landes waren, aus der Sicht meiner Gesprächspartner, die daran teilgenommen haben, trotz aller organisatorischen Unzulänglichkeiten ein wichtiger Schritt zu einer realen Bürgerbeteiligung.

Organisationen der Zivilgesellschaft, wie etwa die „*Organisation zur Beobachtung des öffentlichen Lebens*“, SeFaFi, haben sehr konstruktive Vorschläge

gemacht, wie die kommenden Wahlen fair und transparent gestaltet werden können.<sup>28</sup> Dafür müssen u.a. das Wahlgesetz überarbeitet und die Wählerlisten dem aktuellen Stand der wahlberechtigten Bevölkerung angepasst werden. Entscheidend für faire Wahlen wird auch die Einrichtung einer unabhängigen nationalen Wahlkommission sein, die eine wahrheitsgetreue Auswertung der Wahlergebnisse gewährleistet. In Ihrer „*Erklärung an die Nation*“ vom 24. März 2009 greifen die Bischöfe die Vorschläge der Zivilgesellschaft auf: „*Die Kirche stellt kein politisches Regierungsprogramm vor, sie nimmt auch nicht Partei für eine Person oder eine Partei ... Wir möchten trotzdem einige wichtige Verbesserungsvorschläge unterstreichen. U.a. muss das Verfassungsgericht wieder eingesetzt werden. Die Rede- und Versammlungsfreiheit sowie der Zugang zu den Medien müssen gesichert sein. Die Wahlen müssen frei und transparent sein. Die Parteienfinanzierung und die Finanzierung der Wahlkampagnen müssen offengelegt werden. Der gesetzliche Status der politischen Parteien muss geklärt werden. Die Verwaltung öffentlicher Mittel und Güter muss transparent sein ... Diese Verfügungen müssen in der Verfassung garantiert werden und dürfen nicht ständig in Frage gestellt werden.*“<sup>29</sup> Es bleibt zu hoffen, dass diese zivilgesellschaftlichen Stimmen von den politisch Verantwortlichen gehört werden.

Wenn hier von der Zivilgesellschaft die Rede ist, dann geschieht das im Wissen, dass diese in Madagaskar landesweit noch kaum entwickelt ist und es sich bei der hier genannten „Zivilgesellschaft“ um relativ wenige Organisationen handelt, die sich kritisch mit Politik und Gesellschaft befassen oder sich als NRO als Teil der Zivilgesellschaft verstehen. Es ist erstaunlich und erfreulich, dass sich diese Zivilgesellschaft sehr resolut und mutig in die politische Entwicklung einbringt. Ihr bereits erwähnter Vorschlag, zusammen mit der Armee als Vermittler einen Ausgleich zwischen den derzeit kontrahierenden politischen Kräften zu suchen und zu finden, könnte ein Weg sein, das gefährliche Machtgerangel zu beenden. Eine landesweit organisierte und aktive Zivilgesellschaft, also eine Plattform von Interessen- und Berufsverbänden, Gewerkschaften, Nicht-Regierungs-Organisationen und Kirchen, die als ebenbürtige Gesprächspartner gegenüber den staatlichen Instanzen anerkannt ist und die Interessen der Bevölkerung vertreten kann, ist so gut wie nicht existent. Aber die Entwicklung einer repräsentativen Beteiligung der Bevölkerung an gesellschaftlichen Entwicklungen und an der Verwirklichung einer bevölkerungs-gerechten Politik braucht Zivilgesellschaft.

Das ist eine Herausforderung an die gerade genannten Gruppierungen. Es ist aber auch eine Herausforderung für die Kirche. Kirche darf nicht nur die Entwicklung der Gemeinschaft oder örtlich isolierte Gruppen fördern, aufbauen und durch „Justitia et Pax“-Wahlen beobachten. Kirchliche Organisationen

und Institutionen müssen sich auch als Ausgangspunkt und Träger von Zivilgesellschaft verstehen und durch Vernetzung untereinander und mit anderen gesellschaftlichen Gruppen eine wirksame Zivilgesellschaft auf den Weg bringen. Und das sollte mit dem Segen der amtlichen Kirche geschehen, die auf diese Weise glaubhaft belegen kann, dass es ihr nicht um die Macht ihrer Institution geht, sondern um Gerechtigkeit, Frieden und um Menschenwürde für alle. Die erste Afrika-Synode sagt das so: „*Eine authentische Demokratie unter Achtung des Pluralismus [ist] einer der wichtigsten Wege, den Kirche und Volk gemeinsam gehen.*“<sup>31</sup> Bei den Treffen und Gesprächen mit Vertretern kirchlicher Sozialprogramme, Organisationen und Verbände waren diese Gedanken nicht geläufig.

#### 4.2 Bildung als Voraussetzung für politisches Bewusstsein

Bildung und Erziehung sind Herzstücke jeder individuellen und gesellschaftlichen Entwicklung. Das gilt immer, aber vor allem dann, wenn sich eine Gesellschaft in einem tiefgreifenden Umbruch von einem traditionellen Gesellschaftsmodell mit seinen eigenen Denk- und Verhaltensmustern zu einem anderen, neuen Verständnis von Leben und Gesellschaft befindet. Das ist, bewusst oder unbewusst, die erlebte Wirklichkeit der meisten Madagassen. Diese Wirklichkeit bedeutet Herausforderung für eine flächendeckende und situationsgerechte Grund- und Weiterbildung für alle. Eine an örtliche Bedürfnisse angepasste Bildung vor allem in Grundbildungsbereich könnte allen Madagassen das Hineinwachsen in das neue Madagaskar mit den Anforderungen einer modernen Gesellschaft erleichtern und damit die Basis schaffen für eine Gesellschaft, die möglichst vielen gleiche Chancen gibt.

Das ist zunächst *Aufgabe des Staates*. Die Aussagen der madagassischen Gesprächspartner zur Situation der Grundbildung benennen die Handlungsfelder, die anstehen: u.a. höherer Stellenwert von Bildung und Erziehung im Staatshaushalt. Aber auch Überarbeitung der Curricula zu einer ernsthaften Malgachisierung, d.h. der Anpassung von Inhalten und Pädagogik an die gelebte Wirklichkeit. Gefordert wird auch die Ausbildung der Lehrkräfte nicht nur in Sachinhalten, sondern auch (wieder) in Pädagogik. Die Schaffung ausreichender Infrastrukturen mit angemessener Ausrüstung, freier Zugang zu Grundbildung, Einbeziehung der Eltern und eine effektive Aufsicht des Schulwesens. Wichtig wäre es, dass eine neue Regierung eine seriöse und realistische Planung erstellt, wie diese und alle anderen Herausforderungen eines flächendeckenden Bildungswesens mittel- und langfristig angegangen und umgesetzt werden können.

Mit ihrem substanziellen Beitrag zum Bildungswesen auf allen Ebenen hat die Kirche in diesem Prozess eine sehr wichtige Rolle. In der Hoffnung, dass es ein staatliches Erneuerungs-Programm im Bildungswesen geben wird, wird es wichtig sein, dass sich Kirche aktiv daran beteiligt und ihre Erfahrungen und Probleme einbringt. Das Kriterium für die Glaubwürdigkeit kirchlicher Bildungsarbeit ist die akademische und pädagogische Qualität und die Zugänglichkeit ihrer Einrichtungen für alle. Für die Auswirkung kirchlicher Bildungsarbeit auf die Gesellschaft wird es allerdings auch entscheidend sein, dass kirchliche Einrichtungen zusätzlich zu akademischer und pädagogischer Qualität auch christliche Werte gemäß kirchlicher Sozialethik, soziale Kompetenz und ausgewogene Persönlichkeitsentwicklung als „Mehrwert“ kirchlicher Bildungsarbeit vermitteln. Das ist auch eine Anfrage an die Bildungspraxis der Kirche.

Neben ihrem beachtlichen Engagement im formalen Bildungsbereich, gibt es kaum eines der vielen kirchlichen Sozial- und Entwicklungs-Programme ohne Bildungs-komponente. Ob in Programmen ländlicher oder städtischer Entwicklung, Frauenförder- oder Berufsförder-Programmen, immer werden auch Inhalte und Methoden vermittelt. Hier stellt sich die Frage, ob in diesen Programmen Wissen nur frontal übergebracht wird („*vulgarisation*“), oder ob die Programm-Verantwortlichen mit den betroffenen Menschen auf eine gemeinsame Entdeckungsreise zu den zu vermittelnden Lebenswerten und Techniken gehen („*animation*“). Nur letzteres Vorgehen wird dauerhafte Veränderung bewirken. Das gilt auch für Katechese und Verkündigung, die ja auch Menschen bilden und weltverändernden Glauben wecken wollen.

Als spezifischen kirchlichen Beitrag zur Entwicklung und Förderung gesellschaftlicher Kompetenz sollte sich alle kirchliche Bildungsarbeit von der *kirchlichen Sozialethik* inspirieren lassen. Mit ihren zeitlosen Aussagen und Handlungsorientierungen zur Achtung der menschlichen Würde, zum Aufbau eines solidarischen Gemeinwesens und zur Bewahrung der Schöpfung, könnte die kirchliche Soziallehre ihrer eigenen Bildungsarbeit einen durchgehenden Menschen- und Gesellschaftsbezug geben. Das hieße allerdings, dass kirchliche Soziallehre, wie in vielen Sozialenzykliken und im Synodenpapier der ersten Afrika-Synode gefordert, integraler und gewichtiger Teil aller Ausbildungs-Programme für kirchliches Personal sein sollte, inklusive Priesterausbildung.

### 4.3 Versöhnung zwischen den Ethnien und mit der Geschichte

Wenn ein gemeinsames Geschichtsverständnis ein unverzichtbarer Grundstein eines gemeinsamen Nationalempfindens ist, dann fehlt der madagassischen Nation dieser Grundstein. Die teils gewaltsame, teils vertragliche Unterwerfung des Großteils der madagassischen Völker unter die Vorherrschaft des Hochland-Königreichs Imerina im 18. Jahrhundert wird offiziell als die Geburtsstunde der einen madagassischen Nation dargestellt. Die so „vereinten“ Ethnien haben ein anderes Verständnis davon.

Ein Priester und Buchautor der ostmadagassischen Ethnie Betsimisaraka nennt diese Gründungsphase der Nation „*die erste Kolonisation*“.<sup>31</sup> Mit anderen Worten, der madagassischen Nation fehlt der einigende Grundstein eines gemeinsamen Geschichtsverständnisses und damit fehlt dem gemeinsamen Haus der Nation ein wichtiges stabilisierendes Element. Möglicherweise hätten die Madagassen damit leben können, wäre da nicht seit der Zeit des Imerina-Königreichs, über die französische Kolonialzeit inklusive Mission bis heute die durchgehende politische, kulturelle (Bildung) und wirtschaftliche Privilegierung der Hochlandregion um die Hauptstadt Antananarivo, dem ehemaligen Kerngebiet des Imerina. In Madagaskar weiß jeder, dass eine bestimmte „Bourgeoisie“ der Hauptstadt durch alle bisherigen Regime hindurch maßgeblich die politischen und wirtschaftlichen Fäden gezogen hat und zieht und maßgeblicher Teil der erwähnten „politischen Klasse“ ist, die inzwischen allerdings auch durch „*côtiers*“ verstärkt wird.

Die derzeitige Konzentration der Arbeit schaffenden Betriebe der „*Zône Franche*“ um Antananarivo ist ein aktuell sichtbarer Indikator dieser Ungleichbehandlung der Regionen. Trotz der Tatsache, dass drei der fünf bisherigen Präsidenten „*côtiers*“ waren, also aus der *Peripherie der Küstenregion* kamen, fügt die permanente politische, soziale und wirtschaftliche Vernachlässigung der Küstenregionen und der „*côtiers*“ dem Konfliktsfaktor „*unterschiedliches Geschichtsverständnis*“ eine neue Dimension der ständig erfahrenen und gefühlten Benachteiligung hinzu. Und darin lag und liegt ein gefährliches Konfliktpotenzial, das in der Unabhängigkeitserklärung einiger Provinzen und ihrer militärischen Abschottung durch Ratsiraka-treue Armee-Einheiten nach der Machtergreifung Ravalomananas einen vorläufigen Höhepunkt fand. Die durchgeführten politischen Dezentralisierungsmaßnahmen waren zu halbherzig, um dieses Spannungsfeld zu entschärfen.

Eine friedvolle künftige Entwicklung Madagaskars braucht daher zunächst die offene Anerkennung der kulturellen Unterschiede und der aus Geschichte und politisch-sozialer Entwicklung entstandenen Spannungen. Aus dieser Ein-

sicht müssen Schritte zur Versöhnung gesucht werden. Die von „*Foi et Justice*“ geplante Veröffentlichung von Geschichtsbüchern, die den unterschiedlichen Erfahrungen Rechnung tragen und von Autoren unterschiedlicher ethnischer Herkunft geschrieben werden, ist sicherlich ein wichtiger Schritt zur Versöhnung, zumal diese Bücher für den Schulunterricht produziert werden. Es braucht noch viel mehr solcher Initiativen in allen Bereichen der Schulbildung, um Kindern und Jugendlichen sowohl den Reichtum als auch die Grenzen ihrer örtlichen Kulturen näher bringen. Aber es bedarf auch einer effektiven politischen und wirtschaftlichen Dezentralisierung, die den Namen verdient und den Regionen die notwendige Entscheidungs- und Handlungsfreiheit gibt, um eine bevölkerungs- und situationsgerechte regionale Entwicklung einzuleiten und zu begleiten, die die Interessen der Region bei der Zentralregierung wirksam vertreten kann. So könnte Madagaskar den Weg eines nationalen Ausgleichs und damit einer nationalen Versöhnung beschreiten. Und die Kirche sollte darin ein Kernelement ihres pastoralen Auftrags erkennen. Es ist zu hoffen, dass die zweite Afrika-Synode mit dem Thema „*Versöhnung, Gerechtigkeit und Frieden*“ gute Impulse zur kirchlichen Friedens- und Versöhnungsarbeit gibt. Madagaskar ist ein dankbares Anwendungsfeld dafür.

## 5. Hoffnungszeichen und Hoffnungsträger

Ich möchte den Blick auf die Wirklichkeit und die Ursachen der Menschenrechtsverletzungen in Madagaskar und den Ausblick auf „den Weg nach vorne“ mit dem Hinweis auf einige konkrete hoffnungsvolle Erfahrungen sinnvoller kirchlicher oder kirchennaher Bildungs- und Entwicklungs-Programme abschließen. Ich habe bereits hingewiesen auf die Recherche- und Publikationstätigkeit von „*Foi et Justice*“, wo in Kürze die neuen Geschichtsbücher erscheinen werden, und auf die gesellschaftspolitische Arbeit von SeFaFi.

Im Folgenden möchte ich drei weitere Initiativen und Programme vorstellen, die, jede auf ihre Art, einen Beitrag leisten zur Sensibilisierung und Organisation der jeweiligen Bevölkerung und damit zur Überwindung von Resignation und Passivität in einem sozio-politisch schwierigen Umfeld.

**Die erste Initiative** ist eine Reaktion auf die katastrophal niedrige Einschulungsquote im ländlichen Umfeld der zentralmadagassischen Kleinstadt Ambositra. Seit über zehn Jahren mobilisiert dort das Programm „*Vozama*“ („*Retten wir die madagassischen Kinder*“) ländliche Gemeinden in einem Alphabetisierungs-Programm für nicht eingeschulte Kinder, um ihnen den Zugang zur formalen Grundschule zu ermöglichen. Derzeit werden 9.800 Kinder in 690 dörflichen Alphabetisierungsposten auf den Einstieg in die Grundschule vorbereitet. Wesentlich an dem Programm ist die von Anfang an eingeforderte aktive Beteiligung der Eltern: Sie müssen den Raum für das Programm zur Verfügung stellen, sich an der Finanzierung des Personals beteiligen und an einem regelmäßigen Weiterbildungs-Programm zu örtlich relevanten Themen wie Landwirtschaft und Gesundheit teilnehmen. Wo diese Bedingungen nicht erfüllt werden, findet das Programm nicht statt. Weitere wichtige Komponenten des Programms sind: Das „Lehrpersonal“ für das Programm, meist junge Frauen, wird in den jeweiligen Dörfern rekrutiert und von „*Vozama*“ für das Programm ausgebildet. Das Programm wird regelmäßig von *Vozama*-Inspektoren begleitet und beaufsichtigt. Aus dem Dialog mit den Eltern erwachsen zusätzliche Aktivitäten, u.a. Hilfe bei der Beschaffung von Geburtsurkunden für bisher 6.000 Kinder, denen damit Zugang zu Schule und Gesundheitsdiensten ermöglicht wird. Inzwischen werden in den Dörfern auch Aufforstungs-Programme durchgeführt. Alle Aktivitäten werden nach Möglichkeit in enger Abstimmung und Zusammenarbeit mit den örtlichen Behörden durchgeführt. Die Einschulungsquote in den erreichten Dörfern ist erheblich gestiegen. Das Programm ist verständlicherweise auf externe Finanzierungshilfe angewiesen. Das nimmt ihm nicht seinen Vorbildcharakter

für eine erstaunliche Mobilisierung der örtlichen Bevölkerung. Sie setzt sich nicht nur für den Zugang ihrer Kinder zu Grundbildung ein, sondern ist auch bereit, selber „in die Schule“ einer regelmäßigen Weiterbildung zu gehen. Es ist zu hoffen, dass künftige Regierungen solche Basis-Initiativen anerkennen und durch die landesinterne Förderung solcher Programme die Abhängigkeit von außen mindern.

**Das zweite Programmbeispiel** ist in dem armen Unterstadtviertel Anosibe in Antananarivo angesiedelt und zeigt, dass auch in diesem schwierigen städtischen Umfeld gemeinschaftliche Selbsthilfe organisiert und verwirklicht werden kann. Es handelt sich um die in der Pfarrei St Jérôme Anosibe entstandene „*Association pour le Développement d'Anosibe*“ (ADA). Entstanden im Rahmen der Organisation örtlicher Selbsthilfemaßnahmen, wie der Einrichtung und Verwaltung eines Kleinkreditfonds zur Förderung familiärer Kleinstunternehmen, wurde ADA die örtliche Nachdenk- und Begleitinstanz für Maßnahmen zur Verbesserung der Lebenssituation der Stadtteilbevölkerung. Seine Feuertaufe als Bürgerinitiative erhielt ADA in der Planungsphase des in Anosibe befindlichen Großmarktes für die gesamte Hauptstadt in den Jahren 2001 / 2002. Zusammen mit anderen Organisationen hat ADA eine aktive Bürgerbeteiligung der betroffenen Bevölkerung und der Händler organisiert und der Stadtverwaltung zugearbeitet. Nach dem Bürgermeisterwechsel 2002 wurde diese beispielhafte Bürgerbeteiligung kommentarlos abgewürgt.<sup>32</sup> ADA hat jedoch die Feuertaufe bestanden und arbeitet unverdrossen weiter in der Begleitung örtlicher Selbsthilfemaßnahmen. Es ist nicht von ungefähr, dass in der Standortpfarrei von ADA ein örtlich erbrachter Schulfonds für bedürftige Familien eingerichtet wurde, der armen Familien erlauben soll, ihre Kinder zur Schule gehen zu lassen. Madagaskar verfügt tatsächlich über ein reiches menschliches Potenzial zur Gestaltung einer bürgernahen Demokratie.

**Als drittes Beispiel** möchte ich die Arbeit der diözesanen Koordinierungsstelle für kirchliche Sozial- und Entwicklungsarbeit in der nördlichen Erzdiözese Antsirananana vorstellen, die „*Coordination Diocésaine pour le Développement*“ (CDD). Die CDD führt kein Entwicklungs-Programm mit der Bevölkerung durch. Ihre Aufgabe ist es, bestehende Sozial- und Entwicklungs-Programme der Erzdiözese in Stadt und Land, kirchlicher Verbände, die Sozialarbeit der diözesanen Caritas und der Gefangenenseelsorge zu koordinieren. Das heißt, die verschiedenen Akteure

und Organisationen kirchlicher Sozialarbeit zur Abstimmung ihrer Aktionen bzw. zur Zusammenarbeit zu bewegen, diese Abstimmung bzw. Zusammenarbeit zu organisieren und durch notwendige Aus- und Fortbildungsmaßnahmen zu fördern. Das heißt auch, mit den verschiedenen Organisationen ein gemeinsames Leitbild kirchlicher Sozialarbeit zu entwickeln und zu vermitteln. Letztendlich geht es darum, dass in vielen Diözesen existierende Einzelkämpfertum und die Aufsplitterung kirchlicher sozialer Akteure aufzubrechen und Synergien zwischen Organisationen und Programmen aufzubauen, die kirchlichem sozialen Handeln mehr innere Kohärenz, bessere Wirksamkeit und dadurch auch mehr Glaubwürdigkeit geben können.

Während meines Aufenthalts in Antsiranana habe ich konkret erlebt, was Koordinierung bedeuten und bewirken kann. Die CDD hatte Verantwortliche der diözesanen Sozialprogramme und Verbände: Caritas, „Justice et Paix“, Vertreter der Arbeiterjugend JOC und der Arbeiterbewegung IRAY AINA, Verantwortliche der Gefängnisseelsorge („*Aumônerie Catholique des Prisons*“), einen Arzt aus dem Krankenhaus, die Verantwortliche für die Verwaltung der Medikamente und Vertreter der katholischen Schulen zu einem Gedankenaustausch über die derzeitige soziale und politische Situation in Madagaskar eingeladen. Durch die vorherige Verteilung (CDD) und Bearbeitung eines Fragebogens (Teilnehmer) war das Gespräch gut vorbereitet und ermöglichte einen beeindruckenden Überblick über die derzeit erlebte Wirklichkeit in diesem Teil Madagaskars. Deutlich wurde in diesem Gespräch auch, dass eine stärkere Zusammenarbeit erwünscht ist und dadurch möglicherweise das Wachsen von Zivilgesellschaft aus den kirchlichen Gruppierungen gefördert werden könnte.

Die andere wichtige Komponente der CDD Arbeit ist die Qualifizierung der Programme, Organisationen und Verbände durch laufende Aus- und Fortbildung des Programm-Personals in wichtigen Bereichen wie partizipative Vermittlungsmethoden Programm- und Personalmanagement, Monitoring und Auswertung. Mit und neben den konkreten Entwicklungs-Programmen ist diese Koordinierungs- und Qualifizierungsarbeit kirchlicher Sozialakteure notwendig und wichtig für die Auswirkungen und den politischen Stellenwert kirchlicher Sozialarbeit in der madagassischen Gesellschaft. Wünschenswert wäre es, wenn solche inhaltliche und strategische Koordinierung auch zwischen den Diözesen und auf nationaler Ebene stattfinden könnte.

Die Reihe der positiven Beispiele für wirksames kirchliches Sozialhandeln könnte fortgesetzt werden. Aber auch schon die drei vorgestellten Beispiele können ermutigen. Denn sie zeigen, dass Kirche in der Gestaltung und Entwicklung der madagassischen Gesellschaft sehr konkret mitwirken kann. Notwendig ist etwas mehr Einheit in diesem Handeln, aber auch im Bemühen, kirchliches

soziales Handeln auf eine gemeinsame Basis zu stellen. Gleichzeitig muss dieses Handeln laufend der sich wandelnden Wirklichkeit angepasst werden. Dann kann und wird die Kirche in Madagaskar einen bedeutenden Beitrag leisten zum „*Weg aus der Armut*“ und mehr noch zum Aufbau einer Gesellschaft, die sich an Menschenwürde und Menschenrechten ausrichtet.

## Fußnoten

- 1 Aus dem Untersuchungsbericht von Amnesty International, Document-Madagascar: Investigate Killing by Security Forces Amnesty International, Public Statement, AI Index AFR 35 /001 /2009, February 13, 2009
- 2 Tageszeitung „l'Express“ vom 25. 6. 2009
- 3 Aus dem Synodendokument der 1. Afrika-Synode 1994: „Ecclesia in Africa“, Paragraph 68
- 4 Für die Darstellung der politischen Entwicklung seit der Unabhängigkeit, wie für die Berichtsteile „Rolle der Kirche“, „Ursachen und Hintergründe“ und „Der Weg nach vorne“ habe ich mich weitgehend von den beiden von „Foi et Justice“ veröffentlichten sozial-analytischen Sammelbänden von P. Sylvain Urfer „Le Doux et l’Amer“, 2003, und „L’Espoir et le Doute“, 2006, inspirieren lassen.
- 5 Tageszeitung „Madagascar Express“, 15.9.2009: „Wirtschaftsentwicklung 2009: 13,5 % Inflation und nur 2 % Wirtschaftswachstum“
- 6 Die von Jesuiten getragene Einrichtung „Foi et Justice“ hat in den vier Bänden von „Eglise et Société à Madagascar“ die sozial relevanten kirchlichen Verlautbarungen zusammengetragen und veröffentlicht.
- 7 Tageszeitung „La Vérité“, 19.9.2009: „Ausweg aus der Krise – sind die internationalen Vermittler raus?“
- 8 2008 Human Rights Report: Madagascar, Bureau of Democracy, Human Rights and Labour, February 25, 2009
- 9 Nations Unies, Pacte International relative aux droits civils et politiques, Comité des Droits de l’homme, session du 12-30 mars 2007 à New York, Examen des rapports présentés par les Etats Parties, Madagascar
- 10 Rapport National de suivi des OMD-2007, „Vision 2015 Madagascar“, produziert und veröffentlicht vom madagassischen Innenministerium und dem UN-Koordinator in Madagascar. Die Statistiken beziehen sich überwiegend auf das Jahr 2005.
- 11 „Madagascar aujourd’hui, un pays ouvert sur l’avenir“, Edition Ceric Sarl, 2005
- 12 World Development Report 2009: „Reshaping Economic Geography“, published November 6, 2008
- 13 Human Development Report 2008, Fighting Climate Change, published for the United Nations Development Programme UNDP, November 2007
- 14 Vom 23.08 – 08.09.2009 habe ich eine Informationsreise nach Madagaskar durchgeführt. In Antananarivo, Ambositra, Antsiranana und Tamatave habe ich, in Gruppen- und in Einzelgesprächen, mit insgesamt 84 Personen aus kirchlichen Sozial- und Entwicklungs-Programmen, Laienbewegungen und Ordensleuten über die Situation in Madagaskar gesprochen. Die Einsichten und Informationen aus diesen Gesprächen sind im gesamten Bericht berücksichtigt, werden aber besonders im Kapitel „Menschenrechtsverletzungen im Bereich menschlicher Grundbedürfnisse“ eingebracht.
- 15 Régis Debray et Jean Ziegler, „Il s’agit de ne pas se rendre“, Paris, Arléa, 1984
- 16 UNO, Allgemeine Erklärung der Menschenrechte, Resolution 217 A (III) der Generalversammlung vom 10. Dezember 1949
- 17 „Midi Madagasikara“, 2.7.2009
- 18 „La Vérité“, 20.8.2009: „CNAPS une affaire louche“
- 19 In der 2008 von der zivilgesellschaftlichen Organisation „Beobachtung des öffentlichen Lebens“ (SeFaFi) veröffentlichten Artikelsammlung „A qui appartient l’état?“ geht SeFaFi sowohl auf die Frage der Landnutzung („Comment gérer nos terres?“) als auch auf die Nutzung der Bodenschätze ein („Des ressources minières au profit de quels intérêts?“ und „Pour une nouvelle politique minière à Madagascar“). In der gleichen Textsammlung wird auch die Frage fairer und freier Wahlen behandelt.
- 20 „La Vérité“, 29.7.09: „Explications en beton“
- 21 „Midi Madagasikara“, 5.8.09: „Classe politique malgache“
- 22 „La Vérité“, 13.8.09: „Aperçu kafkaïen“
- 23 Zitiert in Sylvain Urfer „L’Espoir et le Doute“, S. 98
- 24 In seinen unter 4 bereits benannten beiden Sammelbänden geht P. Sylvain Urfer sehr ausdrücklich auf die kulturellen Komponenten der madagassischen Entwicklung bzw. auf Fehlentwicklungen ein. Ich werde mich hier auf einige zentrale Aussagen zu dem Thema beschränken. In den beiden ebenfalls von „Foi et Justice“ veröffentlichten Schriften „Violences malgaches“ und „Le malgache n’est pas une île“ befasst sich Christian Alexandre ebenfalls eingehend mit Aspekten der madagassischen Kultur. Schließlich sei auch hingewiesen auf die beiden Artikel „Anthropologie malgache et perception des droits humains“, Sylvain Urfer, und „Christianisme et construction de l’identité malgache“, Faranirina V. Rajonah, im Sammelband „Christianisme et droits de l’homme à Madagascar“, herausgegeben von Guilio Cipollone, veröffentlicht 2008 bei Karthala.
- 25 Vatikan II, Apostolische Konstitution „Gaudium et spes“, 59
- 26 Zitiert von Sylvain Urfer im Artikel „Anthropologie malgache et perception des droits humains“ in „Christianisme et droits de l’homme à Madagascar“
- 27 Ecclesia in Africa, 61
- 28 In verschiedenen Communiqués 2009 hat SeFaFi grundsätzliche Orientierungshilfen zur politischen Entwicklung gegeben: 19.4.09: „Réussir la transition“, 16.6.06: „Retour à la Sagesse Politique“, 18.7.09: „Garder le cap“. Bereits im Februar 2006 hatte SeFaFi einen grundsätzlicheren Text zur Vorbereitung der Präsidentenwahlen veröffentlicht: „Bien préparer les élections présidentielles“.
- 29 „Déclaration des Evêques à la Nation“, 24.3.2009
- 30 Ecclesia in Africa, 112
- 31 Pascal Lahady, „Le culte betsimisaraka et son système symbolique“, éd. Ambozontany, 1978
- 32 Im 3. Teil seines Sammelbandes „Le Doux et l’Amer“ hat Sylvain Urfer unter dem Titel „Les enjeux de la démocratie locale“ diesen Vorgang ausführlich beschrieben.

- 1 Zur Lage der Menschenrechte in der VR China – Religionsfreiheit**  
deutsch (2001) – Bestellnummer 600 201  
englisch (2002) – Bestellnummer 600 211  
französisch (2002) – Bestellnummer 600 221
- 2 Menschenrechte im Kongo: von 1997 bis 2001  
Die schwierige Lage der Kirchen**  
deutsch (2002) – Bestellnummer 600 202  
englisch (2001) – Bestellnummer 600 212  
französisch (2002) – Bestellnummer 600 222
- 3 Zur Lage der Menschenrechte in Indonesien.  
Religionsfreiheit und Gewalt**  
deutsch (2001) – Bestellnummer 600 203  
englisch (2002) – Bestellnummer 600 213  
französisch (2002) – Bestellnummer 600 223
- 4 Osttimor – der schwierige Weg zur Staatswerdung**  
deutsch (2001) – Bestellnummer 600 204  
englisch (2002) – Bestellnummer 600 214  
französisch (2002) – Bestellnummer 600 224
- 5 Zur Lage der Menschenrechte in der Türkei –  
Laizismus = Religionsfreiheit?**  
deutsch (2001) – Bestellnummer 600 205  
englisch (2002) – Bestellnummer 600 215  
französisch (2002) – Bestellnummer 600 225
- 6 Verfolgte Christen? Dokumentation einer internationalen  
Fachtagung Berlin, 14./15. September 2001**  
deutsch (2002) – Bestellnummer 600 206  
englisch (2002) – Bestellnummer 600 216  
französisch (2002) – Bestellnummer 600 226
- 7 Genitale Verstümmelung von Mädchen und Frauen.  
Auswertung einer Befragung von Mitarbeiter/innen katholischer  
kirchlicher Einrichtungen aus 19 afrikanischen Staaten**  
deutsch (2002) – Bestellnummer 600 207  
englisch (2002) – Bestellnummer 600 217  
französisch(2002) – Bestellnummer 600 227
- 8 Genitale Verstümmelung von Mädchen und Frauen.  
Situationsbericht aus dem Sudan**  
deutsch/englisch/französisch (2002) –  
Bestellnummer 600 208
- 9 Zur Lage der Menschenrechte in Vietnam. Religionsfreiheit**  
deutsch (2002) – Bestellnummer 600 230  
englisch (2002) – Bestellnummer 600 231  
französisch (2002) – Bestellnummer 600 232
- 10 Zur Lage der Menschenrechte in Sri Lanka. Über den Einsatz der  
katholischen Ortskirche für Frieden und Gerechtigkeit.**  
deutsch (2002) – Bestellnummer 600 233  
englisch (2002) – Bestellnummer 600 234  
französisch (2002) – Bestellnummer 600 235
- 11 Zur Lage der Menschenrechte in Simbabwe**  
deutsch (2002) – Bestellnummer 600 236  
englisch (2002) – Bestellnummer 600 237  
französisch (2002) – Bestellnummer 600 238
- 12 Zur Lage der Menschenrechte in Südkorea**  
deutsch (2003) – Bestellnummer 600 239  
englisch (2003) – Bestellnummer 600 240  
französisch (2003) – Bestellnummer 600 241
- 13 Zur Lage der Menschenrechte im Sudan**  
deutsch (2003) – Bestellnummer 600 242  
englisch (2005) – Bestellnummer 600 243  
französisch (2005) – Bestellnummer 600 244
- 14 Zur Lage der Menschenrechte in Nigeria**  
deutsch (2003) – Bestellnummer 600 245  
englisch (2003) – Bestellnummer 600 246  
französisch (2003) – Bestellnummer 600 247
- 15 Zur Lage der Menschenrechte in Ruanda**  
deutsch (2003) – Bestellnummer 600 248  
englisch (2003) – Bestellnummer 600 249  
französisch (2003) – Bestellnummer 600 250
- 16 Zur Lage der Menschenrechte in Myanmar/Burma.  
Kirche unter Militärdiktatur**  
deutsch (2004) – Bestellnummer 600 251  
englisch (2004) – Bestellnummer 600 252  
französisch (2004) – Bestellnummer 600 253
- 17 Zur Lage der Religionsfreiheit im Königreich Kambodscha.**  
deutsch/englisch/französisch (2004) –  
Bestellnummer 600 254
- 18 Zur Lage der Menschenrechte in Laos**  
deutsch/englisch/französisch (2004) –  
Bestellnummer 600 257
- 19 Zur Lage der Menschenrechte in Ägypten**  
deutsch (2004) – Bestellnummer 600 260  
englisch (2004) – Bestellnummer 600 261  
französisch (2004) – Bestellnummer 600 262
- 20 Die Türkei auf dem Weg nach Europa – Religionsfreiheit?**  
deutsch (2004) – Bestellnummer 600 264  
englisch (2004) – Bestellnummer 600 265  
französisch (2004) – Bestellnummer 600 266
- 21 Möglichkeiten christlich-islamischer Zusammenarbeit bei  
der Umsetzung der Menschenrechte und dem Aufbau von  
Zivilgesellschaften – Dokumentation einer internationalen  
Fachtagung. 11. bis 14. März 2002, Berlin – Band 1**  
deutsch (2004) – Bestellnummer 600 268  
englisch (2004) – Bestellnummer 600 269  
französisch (2004) – Bestellnummer 600 270
- 22 Möglichkeiten christlich-islamischer Zusammenarbeit bei  
der Umsetzung der Menschenrechte und dem Aufbau von  
Zivilgesellschaften – Dokumentation einer internationalen  
Fachtagung. 11. bis 14. März 2002, Berlin – Band 2**  
deutsch (2005) – Bestellnummer 600 271  
englisch (2005) – Bestellnummer 600 272  
französisch (2005) – Bestellnummer 600 273
- 23 Zur Lage der Menschenrechte in Liberia: Ein Traum von Freiheit  
– Der Einsatz der Katholischen Kirche für Frieden und Gerechtigkeit**  
deutsch (2005) – Bestellnummer 600 274  
englisch (2005) – Bestellnummer 600 275  
französisch (2005) – Bestellnummer 600 276
- 24 Zur Lage der Menschenrechte in Papua (Indonesien)**  
deutsch (2006) – Bestellnummer 600 277  
englisch (2006) – Bestellnummer 600 278  
französisch (2006) – Bestellnummer 600 279  
indonesisch (2006) – Bestellnummer 600 280
- 25 Osttimor stellt sich seiner Vergangenheit – die Arbeit  
der Empfangs-, Wahrheits- und Versöhnungskommission**  
deutsch (2005) – Bestellnummer 600 281  
englisch (2005) – Bestellnummer 600 282  
französisch (2005) – Bestellnummer 600 283  
indonesisch (2005) – Bestellnummer 600 284
- 26 Asyl für Konvertiten? Zur Problematik der Glaubwürdigkeits-  
prüfung eines Glaubenswechsels durch Exekutive und Judikative**  
deutsch/englisch/französisch (2007) – Bestellnummer 600 285
- 27 Zur Lage der Menschenrechte in der Volksrepublik China  
– Wandel in der Religionspolitik?**  
deutsch (2008) – Bestellnummer 600 286  
englisch (2008) – Bestellnummer 600 287  
französisch (2008) – Bestellnummer 600 288
- 28 Zur Lage der Menschenrechte in Myanmar/Birma.  
Erste politische Schritte einer Minderheitenkirche**  
deutsch (2008) – Bestellnummer 600 289  
englisch (2008) – Bestellnummer 600 290  
französisch (2008) – Bestellnummer 600 291
- 29 Simbabwe – der Wahrheit ins Auge sehen,  
Verantwortung übernehmen**  
deutsch/englisch/französisch (2002) –  
Bestellnummer 600 292